

KAMPF DEM FASCHISMUS!

Keinen Fußbreit den Faschisten.....	2
Die Rolle der NPD	2
Die NPD - eine faschistische Partei	3
Rechte Perspektiven.....	3
Heuchlerischer Antifaschismus	3
Die Debatte um das Verbot der NPD.....	5
Strategie und Taktik im Kampf	5
Was ist Faschismus?.....	5
Antifaschistischer Staat?	6
Wie die Nazis bekämpfen?.....	7
Einheitsfront statt Volksfront	8
Autonome Fehler	8
Trotzkis Faschismustheorie.....	8
Kleinbürgerliche Massenbewegung als Rammbock	10
Sozialismus oder Barbarei.....	11
Schlagt die Faschisten !	13
Aber wie?	13
Drei Fragen und Antworten im Kampf gegen die Nazis.....	13
1. Warum wachsen die Faschisten?	13
Auf wen stützen sie sich?.....	13
Alle "Demokraten" gegen die Nazis?.....	14
Was machen die extreme Linke und die Arbeiterbewegung?	15
Wie eine Arbeitereinheitsfront aufbauen?	15
LINKSRUCK und das Bündnis "Weg mit der NPD":.....	16
Positiva	16
... und Negativa	17
Was ist erreicht?.....	18
Perspektiven.....	19
Trotzki.....	19

Materialien und Stellungnahmen der Gruppe Arbeitermacht und der "Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale"

Mai 2001

DM 3,-

Gruppe Arbeitermacht

**PF 146,13091 Berlin, E-Mail: gam@arcormail.de; www.arbeitermacht.de
Bodenschatz, Lüneburg**

V.i.S.d.P.: R.

Materialien und Stellungnahmen der Gruppe Arbeitermacht und der "Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale"

Keinen Fußbreit den Faschisten NPD bekämpfen!

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Ausländer, Linke, Gewerkschafter, Obdachlose oder auch „Normalbürger“ Opfer rassistischer und faschistischer Gewalt werden. Die Liste der Verletzten und Toten dieser Terrorakte wird täglich länger.

Wie immer zu solchen Anlässen zeigt sich die „öffentliche Meinung“ schockiert, geben sich Politiker erschüttert, ist die Polizei ratlos und die Justiz unschlüssig. Unter diesem moralischen Deckmantel jedoch liegen die heimlichen Leichen der Demokratie.

Obwohl seit Jahren rechte Gewalttaten an der Tagesordnung sind, gibt sich das demokratische Establishment wieder einmal überrascht. Dabei hätte deren Versagen im Kampf gegen Faschisten und rechte Skins und ihre organisatorischen und informellen Verbindungen seit Jahren genug Anlass zur Sorge und zum Handeln geben müssen.

Neben dem offensichtlich wachsenden Gewaltpotential und der steigenden Hemmungslosigkeit ist die extreme Rechte durch eine Reihe von Entwicklungen gekennzeichnet, die das Milieu seit Jahren stetig verändert haben:

1. existiert eine zunehmend engere informelle Vernetzung in der Szene via Internet und Handy, wodurch man organisatorisch flexibel ist und die Kräfte mobilisieren und zentralisieren kann.

2. ist es gelungen, im Osten ein halblegales rechtes Alltagsmilieu v.a. unter Jugendlichen zu schaffen, das in etlichen Orten dominant ist und der extremen Rechten gute Möglichkeiten bietet, sich öffentlich in Szene zu setzen und zu rekrutieren. Diese „national befreiten Zonen“ sind Sammelbecken für die Rechten und könnten eine wichtige Rolle für eine organisatorische Vereinheitlichung ihrer immer noch zersplitterten Szene bilden.

3. Nach dem Verbot mehrerer rechter Gruppen ist es gelungen, eine halblegale Vernetzung zu schaffen, bei der bekannte Nazikader aus dem Westteil Deutschlands die Organisatoren und ideologischen Einpeitscher sind.

4. belegen regelmäßige Aufmärsche, dass das Mobilisierungspotential und das Selbstbewusstsein der Rechten gewachsen sind.

5. zeigen die Wahlerfolge rassistischer Parteien wie der DVU und der faschistischen NPD, dass deren Ideen durchaus bei beachtlichen Teilen v.a. der ostdeutschen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fallen.

Noch ist die rechte Szene organisatorisch nicht vereinheitlicht und politisch differenziert. Neben offen NS-verwandten Strömungen gibt es auch sehr strasserianisch „national-revolutionäre“ Ausrichtungen, die sich in heftigen Flügelkämpfen äußern könnten, wenn sich eine stärkere,

einheitliche faschistische Partei entwickeln sollte.

Die Rolle der NPD

Diese Partei ist schon längst nicht mehr die Partei von national-konservativen alten Männern, die sie einmal war. In den letzten Jahren hat sie sich deutlich verjüngt und ist zum zentralen politischen und organisatorischen Bezugspunkt der gesamten Szene geworden. Das zeigt sich bei Wahlen, in der Propaganda und v.a. bei Aufmärschen und anderen Aktionen.

Nach den Verboten anderer Organisationen bietet sie quasi ein Dach für viele Rechte. Dabei nutzt sie ihren legalen Status und agiert oft als „Dienstleister“ der Rechten, indem sie z.B. Demos anmeldet oder Logistik zur Verfügung stellt.

Eine besondere Rolle spielt im Konzept der NPD ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Sie integriert rechte Jugendliche und spielt de facto die Rolle einer faschistischen Vorfeldorganisation, die klar auf Gewalt und Mobilisierungen setzt und durchaus Ähnlichkeit mit der SA hat, wenngleich ihre Entwicklung dahin erst begonnen hat. Die Mobilisierungskraft und das faschistische Kaderpotential von NPD und JN machen beide potentiell zu dem, was der faschistischen Bewegung bislang fehlte - eine politisch vereinheitlichte und organisatorisch zentralisierte Kraft. Obwohl dieses Ziel noch nicht erreicht ist, stellt die NPD einen sehr ernstzunehmenden Vorstoß in diese Richtung dar.

Die Gruppe ARBEITERMACHT hat im Unterschied zu großen Teilen der deutschen Linken nicht undifferenziert jede Partei, die rechts von der CDU steht, als faschistisch eingeordnet. Sie hat in ihrer Analyse des „modernen“ Faschismus verschiedene Faktoren berücksichtigt, die die Entwicklung und das Erscheinungsbild extrem rechter Parteien nach 1945 geprägt haben. Das betrifft die tiefgehende Diskreditierung des Faschismus im Massenbewusstsein ebenso wie die relative Stabilisierung der bürgerlichen Demokratie in den Nachkriegsjahrzehnten und auch die Tatsache, dass die Bourgeoisie der imperialistischen Länder nicht auf den Faschismus als letzten Rammbock gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung angewiesen war.

Unter diesen Umständen entwickelten sich viele Organisationen, die ideologisch Elemente des Faschismus aufwiesen, aber oft nicht als radikale Mobilisierungsbewegung und Terrormaschine, sondern auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie als rechts-konservative Kräfte wirkten. Das traf (in unterschiedlichem Maß) z.B. auf die DVU, die REPs oder früher auf auch die NPD

zu. Diese Organisationen bezeichneten wir als faschistische Fronten.

Die NPD - eine faschistische Partei

Dieser Terminus meint die Verbindung von faschistischen und rechts-konservativen Elementen. Er ermöglichte nicht nur eine differenzierte Einschätzung der extremen Rechten, sondern verwies auch auf die Probleme, die bei der Formierung einer faschistischen Bewegung auftreten. Wir wiesen darauf hin, dass es einer Reihe von politischen und organisatorischen Umgruppierungen bedarf, ehe eine faschistische Partei als Kern einer faschistischen Bewegung entstehen wird.

Ohne den gesellschaftlichen Nährboden tiefer sozialer Probleme, der Entwurzelung v.a. von Teilen der Jugend und der erheblichen Diskreditierung der Institutionen der bürgerlichen Demokratie, wie wir sie besonders in Ostdeutschland beobachten können, ist eine qualitative Umgruppierung und ein deutliches Wachstum der extremen Rechten schlecht vorstellbar. Letzten Endes sind all das Auswirkungen der sozialen Konterrevolution, der Niederlagen und der Passivität der reformistischen Arbeiterbewegung nach 1989.

Die Verbote einiger Organisationen der extremen Rechten führten - im Gegensatz zur verkündeten Absicht - zu einer Zusammenführung der Rechten unter dem Dach der NPD bzw. ihrer Jugendorganisation JN. Zum Teil sind ganze Landesverbände anderer Organisationen zur NPD übergewechselt. Parallel zu dieser Umgruppierung hat sich die Führung der NPD eindeutig Richtung offen faschistischer Anschauungen entwickelt.

Die dominanten faschistischen Elemente ihrer Politik, ihr Kaderkonzept und ihre Orientierung auf Terror und Straßenmobilisierung sind Merkmale einer faschistischen Organisation. Auch wenn der endgültige Formierungsprozess der NPD noch nicht abgeschlossen ist und diverse Richtungskämpfe innerhalb der faschistischen Ideologie noch erfolgen werden - insgesamt ist die NPD von heute eine faschistische Partei.

Rechte Perspektiven

Die unheilvolle Symbiose von NPD als Kaderpartei und JN als militantes Jugendumfeld kann - wenn es nicht gelingt, sie durch eine breite antifaschistische Mobilisierung zu stoppen - tatsächlich zu einer gefestigten und massenwirksamen faschistischen Bewegung führen, die zu einer ernsthaften Gefahr nicht nur für Ausländer, Linke und Minderheiten, sondern zu einer Bedrohung der gesamten Arbeiterbewegung werden.

Neben dieser subjektiven Seite der faschistischen Bewegung existiert jedoch auch ein objektives Problem. Die extrem nationalistisch und rassistisch ausgerichtete, z.T. mit national-revolutionären Tendenzen vermischte rechte Szene kollidiert mit wesentlichen aktuellen Interessen des deutschen Kapitals. Die faschistischen Orientierungen sind im Moment schlecht vereinbar mit der Schaffung eines starken EU-Blocks mit einheitlichem und offenem Markt in Europa. Sowenig der Faschismus nur verlängerter Arm des Kapitals ist, sowenig wird er letzten Endes gegen das Kapital zur Macht aufsteigen können. Nicht zuletzt von den globalen Entwicklungen und der Interessenslage des Kapitals wird beeinflusst werden, wie und wieweit die Entwicklung einer faschistischen Bewegung in Deutschland verläuft.

Schon vor Jahren bildete sich nach diversen Anschlägen auf Ausländer eine breite Volksfrontbewegung aus empörten Bürgern, Unternehmern, Kirchen und Politikern, die gemeinsam mit Lichtlein in der Hand durch deutsche Städte zogen. Bei den Nazis konnte das allerdings wenig Eindruck erwecken. Obwohl die Mehrzahl der Demonstrierenden sicher ehrlichen Herzens gegen den rechten Terror war, diente die Aktion doch insgesamt als Alibi für Regierung und Kapital, um ihre demokratische Gesinnung zur Schau zu stellen und ansonsten nichts weiter zu tun. Tatsächlich jedoch waren sie es aber, die den Boden für die Rechten bereiteten.

Die Wiedervereinigung war nicht nur von einer bewusst geschürten massiven nationalistischen Kampagne gekennzeichnet, sie schaffte v.a. im Osten Deutschlands viele soziale Probleme, die gerade bei Jugendlichen massiven Frust erzeugen. V.a. aber bewirkte die Asyl-Debatte, die von der Kohl-Regierung losgetreten und seitdem auch von der SPD mitgetragen wurde, eine breite Stimmung gegen Ausländer, die die extreme Rechte gut ausnutzen konnte.

Dieselbe fatale Wirkung hatte die Debatte um den Standort Deutschland, die die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen verstärkt und nationalistische Ressentiments schürt. Vor diesem Hintergrund erscheinen die krampfhaften Bemühungen etlicher Meinungsmacher, der „autoritären Erziehung“ in der DDR die Hauptschuld am Ausufern rechter Gesinnungen zu geben, ziemlich absurd.

Heuchlerischer Antifaschismus

Nach dem Anschlag von Düsseldorf bildet sich nun erneut eine Front aus antifaschistischen Heuchlern. Unternehmer (die gern in- und ausländische Arbeiter gegeneinander ausspielen) fürchten um das Ansehen des Standortes Deutschland, Innenminister (die ansonsten gern und viel abschieben) wollen ein härteres Durchgreifen des Staates gegen rechts und Polizei-

chefs und Richter (die bisher auf dem rechten Auge meist blind waren) planen konzertierte Aktionen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass der Staat entweder nichts gegen die rechte Szene tut oder zumindest nicht in der Lage (oder besser: nicht bereit) ist, wirksam gegen die Neonazis vorzugehen. Formell gibt es genug Straftatbestände, die auf die Aktionen, Organisationen und Ideologien der Nazis zutreffen, um die ganze Szene (die ja nicht etwa streng konspirativ oder gar illegal agiert), aufliegen zu lassen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Konsequenz des Staates gegen die Nazis ist geradezu lächerlich im Vergleich mit ihrem (undemokratischen) Vorgehen etwa gegen die Kurden oder gegen Linke.

Auch die vielbeschworenen Verbote von Nazioorganisationen, die auch jetzt wieder im Gespräch sind, haben bisher eher das Gegenteil bewirkt - die Nazis schufen sich neue Organisationen mit besserer Vernetzung und schlossen sich enger um eine Partei - die NPD - zusammen. Auch die aktuellen Ankündigungen von Maßnahmen gegen die Nazis sind allenfalls kosmetische Operationen und haben zudem den Pferdefuß, dass sie klare Schritte in Richtung Polizei - und Überwachungsstaat sind. Videobeobachtung, mehr Rechte für private Ordnungs- und Wachdienste, besondere Einsatzgruppen, die noch mehr demokratischer Kontrolle entzogen sind, als andere Polizeikräfte, weisen klar in diese Richtung.

Wie die vergangenen Jahre zeigen, bemüht sich der Staat sehr darum, demokratische Rechte und Freiheiten einzuschränken, wie z.B. durch Angriffe auf das Demonstrationsrecht. Ein Vorwand für diese Verschärfungen findet sich immer: einmal ist es die PKK, ein andermal die Russenmafia dienen die (allerdings tatsächlich gefährlichen) Nazis dazu. Wir sollten uns keine Illusionen machen: mehr Rechte für die staatliche Gewalt bedeuten immer auch und zuerst mehr Möglichkeiten zur Überwachung, Behinderung und Unterdrückung der Linken und der gesamten Arbeiterbewegung.

Wie können die Nazis gestoppt werden?

Der Faschismus wächst auf dem Boden des Kapitalismus und überhöht die der bürgerlichen Gesellschaft immanenten Ideologien wie Nationalismus, Rassismus oder Autoritätsgläubigkeit in extremer Weise. Im Unterschied zu anderen bürgerlichen Parteien ist der Faschismus eine radikale, im Kern kleinbürgerliche Bewegung, die nicht nach den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie agiert, sondern sich als militante Kraft objektiv gegen die Demokratie und v.a. gegen die Arbeiterbewegung und die Linke richtet.

Die blutigen Erfahrungen gerade des deutschen Proletariats im letzten Jahrhundert bestätigen diese Einschätzung. Wenn die Bourgeoisie keine andere Wahl mehr hat, ist sie sehr wohl bereit - und im Grunde dazu gezwungen - sich des faschistischen Terrors zum Erhalt ihres Systems zu bedienen. Wie die Geschichte zeigt, kapituliert der bürgerliche Staat nicht nur vor der faschistischen Gefahr, er wird selbst Teil des faschistischen Machtsystems. Auch unter dieser historischen Perspektive gesehen hieße es also, den Bock zum Gärtner zu machen, wenn man die Nazis durch den bürgerlichen Staat bekämpfen wollte.

Um nicht missverstanden zu werden: kein Linker oder klassenbewusster Arbeiter wird etwas dagegen haben, wenn ein Nazi eingeknastet oder eine rechte Gruppierung verboten wird, doch er sollte nicht nach dem starken Staat rufen oder sich auf ihn verlassen. Gestoppt werden können die Nazis nur dann, wenn die Arbeiterbewegung - ihre Gewerkschaften, Parteien und Organisationen - gegen die braune Gefahr aktiv werden. Wenn die rechte Bewegung weiter wächst, liegt es auf der Hand, dass selbst die Kraft der gesamten Linken nicht mehr ausreichen kann, um sie aufzuhalten.

Ein Grund für die Anziehungskraft der Rechten ist ihre soziale Demagogie, die Arbeitsplätze (nur für Deutsche) verspricht, die sich gegen die demokratischen Heuchler, die Spekulanten und Profiteure richtet und zumindest den Eindruck erweckt, sie sei wirklich radikal. Die Passivität und damit Unattraktivität der reformistischen Arbeiterbewegung ist es, die Jugendliche und Teile der Lohnabhängigen abstößt, weil sie sich von ihnen nicht vertreten fühlen. Die zur Schau gestellte Politikabstinenz der nur für ökonomische Ziele kämpfenden Gewerkschaften oder die Koalitionsकुngelei der PDS können auf Dauer nur abstoßend auf Lohnabhängige und besonders Jugendliche wirken. Da zudem wenig mehr als moralische Statements von den Reformisten kommen, ist es fast logisch, dass frustrierte Jugendliche den braunen Horden auf den Leim gehen. In der Tat: eine klassenkämpferische Arbeiterbewegung ist das beste Mittel gegen rechts. Wenn die Gewerkschaften wirklich für gleichen Lohn in Ost und West und gegen Arbeitslosigkeit kämpfen würden, hätten es die Nazis nicht nur schwerer, ihre Demagogie zu verbreiten; sie wären v.a. auch mit einer aktiveren und selbstbewussteren Arbeiterbewegung konfrontiert.

Statt - wie die Autonome Antifa - den Kampf um die Arbeiterbewegung aufzugeben und sich quasi als Ersatzsubjekt des Kampfes zu sehen, muss versucht werden, Gewerkschaften, PDS und SPD aufzufordern, konkrete Schritte gegen die Nazis und zur Verteidigung von Gewerkschaftern, Linken und Ausländern zu unternehmen. Sicher werden es zunächst nur Minderheiten sein, die man in diesem Milieu nach Jahr-

zehnten reformistischer Verwirrung und Passivität erreichen kann. Wenn es jedoch gelingt, ein konkretes Beispiel für antifaschistische proletarische Selbstorganisation zu schaffen, ist das wichtiger als tausend moralische Appelle und beinhaltet gleichzeitig auch konkrete Schritte gegen die herrschende Bürokratie in der Arbeiterbewegung.

Wir brauchen eine antifaschistische Einheit der Arbeiter und Immigranten, die über Organisations- und Ideologiegrenzen hinweg konkrete Aktionen gegen die Nazis durchführt. Konkrete Aktionen sollten sich nach Möglichkeit nicht auf Gegendemos und Infotische beschränken. Sie sollten zum Ziel haben, Aufmärsche, Aktionen, Versammlungen usw. der Nazis zu verhindern - wenn nötig und möglich, mit physischer Gewalt, um das Selbstbewusstsein der Nazis zu brechen und ihnen zu zeigen, wer der Stärkere ist.

Was wir jedoch ablehnen, ist ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien, mit Unternehmern, mit Bullen und BGS. Was wir ablehnen, ist eine Orientierung auf den Staat, wie es z.B. PDS, SPD, MLPD und andere Reformisten vorführen.

Die geplante Demo am 7. Oktober gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick ist ein wichtiger Schritt, die Stützpunkte der Nazis zu attackieren und auszuheben. Wir rufen Dich deshalb auf: Komm am 7. Oktober und zeig Deine Entschlossenheit im Kampf gegen die Nazis! Wirb für diese Aktion in Betrieb, Gewerkschaft, Schule und Uni!

- Keine Plattform für Faschisten!
- Nazis raus aus den Gewerkschaften!
- Kein Bündnis mit Staat und bürgerlichen Parteien!
- Für den Aufbau antifaschistischer Aktionseinheiten und deren bundesweite Vernetzung!
- Für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf von Deutschen und Ausländern!

Für offene Grenzen! Weg mit allen Einschränkungen des Aufenthalts-, Arbeits- und Wahlrechts für Ausländer!

Volle und eingeschränkte Rechte für alle, die in Deutschland leben!

Gleicher Lohn in Ost und West für Deutsche und Nichtdeutsche!

!Aufteilung der Arbeit auf alle ohne Lohnverlust!

Aus: Arbeitermacht Nr. 58, September/Oktober 2000

Die Debatte um das Verbot der NPD

Strategie und Taktik im Kampf

Wieder einmal überzieht eine Welle faschistischer und rassistischer Gewalt Deutschland. Wieder einmal wird von offizieller Seite ein Verbot als Lösung oder zumindest als ein probates Mittel zur Eindämmung faschistischer Gewalt gepriesen. Hinter der Initiative von Innenminister Schily und CSU-Rechtsaußen Beckstein, dem Bundesverfassungsgericht das Verbot der NPD vorzuschlagen, stehen mittlerweile die Mehrzahl der Innenminister und eine Majorität von Bundestag und Bundesrat.

Zweifellos würde ein Verbot der NPD die Wirkungsmöglichkeiten dieser zentralen Partei der rechten Szene einschränken. Kein Geld mehr vom Staat, Verlust von Immobilien, keine legalen Arbeitsmöglichkeiten mehr - das sind keine unbedeutenden Hindernisse für die organisatorische und informelle Arbeit dieser Partei innerhalb des militanten rechten Milieus. Gerade die Zersplitterung in viele Kameradschaften, Hooli- ganggruppen und lokale rechte Jugendgangs und die Orientierung auf Terror und Aktionen auf der Strasse macht die zentralisierende Rolle der NPD als legales Dach, als "Dienstleister" und "Generalstab" der faschistischen Bewegung so bedeutsam. Trotz der "positiven" Wirkungen eines Verbotes ist diese Maßnahme als Taktik im antifaschistischen Kampf ungeeignet und sollte deshalb auch nicht gefordert werden. Warum?

Ein Verbot würde Parteien wie die CDU oder die FDP höchstwahrscheinlich ins Mark treffen und möglicherweise dazu führen, dass sie von der politischen Bildfläche ganz verschwinden. Das hat damit zu tun, dass sie die Legalität, die parlamentarische Basis als einzige Arena ihrer Tätigkeit brauchen und sozusagen in der Luft hängen, wenn sie dieser Möglichkeit verlustig gingen. Faschistische Organisationen wie die NPD nutzen natürlich auch legale Wirkungsmöglichkeiten und können phasenweise auch stärker eine parlamentarische Orientierung haben, doch daneben - oft genug auch ausschließlich - liegt der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in Mobilisierungen, Aktionen, aber auch auf Kaderausbildung und ideologischer Indoktrination der Mitglieder.

Was ist Faschismus?

Dieser Unterschied in Organisation und Arbeitsweise zwischen "normalen" bürgerlichen Parteien und faschistischen Formationen bedingt auch die unterschiedliche Wirkung eines Verbotes. Dieser Unterschied und die Frage, wie der Faschismus bekämpft werden muß, resultiert letzt-

lich aus dem Wesen und dem sozialen Hintergrund des Faschismus.

Nach den historischen Erfahrungen mit faschistischen Bewegungen und Diktaturen, besonders der blutigsten und folgenreichsten in Deutschland, kann genau bestimmt werden, was Faschismus bedeutet. Trotzki schrieb dazu 1933 in seinem glänzenden "Porträt des Nationalsozialismus" u.a.:

"Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zusammenpreßten. Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. ... Die Mittelklassen sind nicht fähig zu selbständiger Politik. ... Dem Faschismus gelang es, sie in den Dienst des Kapitals zu stellen. ... Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus - die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur ..."

Sicher steht der Faschismus aktuell nicht vor der Machtübernahme und auch die Krise des deutschen Imperialismus hat lange noch nicht die Qualität einer revolutionären Alternative erreicht, in der das Großkapital die Faschisten als Retter ihres Systems vor der möglichen proletarischen Revolution braucht. Tatsächlich gibt es aktuell sogar erhebliche Differenzen zwischen der politischen Ausrichtung der Nazis und jenen der entscheidenden Teile des deutschen Kapitals. Während die Rechten eher nationalistisch/rassistisch orientiert sind, setzt das Kapital auf Globalisierung und die Weiterentwicklung der EU. Insofern stimmt die These "hinter dem Faschismus steht das Kapital" zwar historisch und grundsätzlich in dem Sinn, dass der Faschismus dem Erhalt der Herrschaft der Bourgeoisie und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung dient. Doch daraus folgt nicht, dass es diesen Zusammenhang aktuell immer direkt gibt. Die besondere Gefahr, die von der NPD und der sie umgebenden Naziszene ausgeht, ist eine mehrfache: 1. werden täglich Ausländer, Linke, Gewerkschafter und alle, die nicht in die bornierte Weltsicht der Rechten passen, beleidigt, bedroht, verletzt und oft genug ermordet; 2. beeinflusst die tägliche rassistische Hetze das Denken und Handeln junger Leute und verbreitet ein rassistisches Klima in der Gesellschaft; 3. stellt sich die NPD demagogisch als antikapitalistische, gegen das marode und korrupte System gerichtete aktive Kraft dar.

Das Hauptproblem ist aber die akute Gefahr, dass die NPD als Katalysator und Zentrum der rechten Szene eine politische und organisatorische Vereinheitlichung der militanten Nazis erreicht. Das wäre ein wesentlicher qualitativer Schritt zu einer wirklichen faschistischen Partei, die mehr ist als eine relativ kleine Kaderpartei. Die Wahlerfolge der NPD, die Existenz "national

befreiter Zonen" in Ostdeutschland und ihr wesentlich gewachsener Stellenwert im Nazimilieu weisen darauf hin, dass dieses Szenario kein Teufel an der Wand, sondern eine reale Gefahr ist. Noch brisanter wird die Situation dadurch, dass eine ganze Reihe sozialer Probleme (Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Ausbildungsmisere ...) existieren, die im Ostteil noch mit spezifischen Momenten von Werteverlust, sozialer Angst und Perspektivlosigkeit versetzt sind.

Das Verbot der NPD würde alle diese Probleme nicht lösen. Die Nazis als Personen wären immer noch da. Ihre Anschläge würden auch durch ein Verbot nicht aufhören. Im Gegenteil: die staatlichen Restriktionen machen die Nazis noch zu Märtyrern. Die letzten Jahre sind Beweis dafür, dass noch nicht einmal in organisatorischer Hinsicht ein positiver Effekt eintritt. Etliche Naziorganisationen wie die FAP sind verboten worden. Das Ergebnis? Die Nazis haben sich neu vernetzt und organisiert. Das Ergebnis sehen wir heute in Form der NPD, in deren Reihen etliche Nazis aus anderen Parteien untergekommen sind und damit auch den faschistischen Charakter der NPD personell und programmatisch noch verstärkt haben.

Antifaschistischer Staat?

Was neben all diesen Vorbehalten jedoch v.a. gegen die Losung des Verbots spricht, ist die Frage, wer die Faschisten überhaupt bekämpfen kann? Im Moment - allerdings nicht zum ersten Mal - möchte der demokratische Staat diese Rolle gern spielen, wie der Brandstifter eben immer mal wieder aus taktischen Gründen die Rolle des Biedermannes gibt. Dass es schon wieder eine Verbotsdebatte gibt, sagt an sich schon genug darüber aus, wie ernsthaft und effektiv der Staat als Antifaschist bisher war. Wem das als Beleg noch nicht reicht, der möge sich die zahlreichen politischen Kampagnen der etablierten Parteien gegen Asylrecht, "Sozialmißbrauch" anschauen. Diese unsägliche Tradition von offiziellem Rassismus führt momentan die CDU mit ihrer abstrusen Debatte um die sog. "deutsche Leitkultur" weiter. Diese These tötet niemand, doch sie ermuntert rassistische Schläger.

Auch die SPD hat sich mit ihrer Abschiebepolitik und der direkten oder zumindest indirekten Schützenhilfe für die rassistischen Vorstöße der Kohl-Regierung nicht gerade für den Kampf gegen Faschismus empfohlen. Die Green Card-Regelung von Schröder ist auch keine antirassistische Maßnahme, sondern eine spezifische Form von Rassismus, die den aktuellen Arbeitskräftebedürfnissen des Kapitals entsprechen.

Die Arbeiterbewegung und alle ernsthaften Antifaschisten sollten sich nicht täuschen lassen: Vom Staat ist nichts zu erwarten als eine "antifaschistische" Alibipolitik oder moralische Statements. Schon Anfang der 90er Jahre erlebte

Deutschland mit den Lichterketten eine relativ breite "antifaschistische" Bewegung unter Führung der offiziellen Parteien. Heute müssen wir konstatieren, dass diese Lichterketten nur demokratische Staffage waren und keine reale Wirkung gegen die Nazis hatten. Heute besteht erneut die Gefahr, dass die sicherlich ehrliche antifaschistische und antirassistische Einstellung vieler Menschen von den demokratischen Heuchlern missbraucht und in eine Sackgasse geführt wird.

Immerhin: es gab und gibt außerhalb dieses abstoßenden Theaters der offiziellen Politik auch Leute, die etwas Konkretes gegen die Nazis tun, ohne auf den Segen oder die Anweisungen (auch im finanziellen Sinn) von "oben" zu warten. Diese Antifaschistinnen und Antifaschisten arbeiten vor Ort gegen die Faschisten, protestieren und verhindern im besten Fall Aktionen der Nazis. Deren selbstloser und oft gefährlicher Einsatz wird von den offiziellen antifaschistischen Schwätzern weder erwähnt, noch gefördert, oft genug denunziert. Wer immer noch den salbungsvollen Reden der Politiker glaubt, der gehe zu einer Demo und schaue sich an, wie die Bullen die Aufmärsche der Faschisten schützen und wie lasch die Justiz mit rassistischen Totschlägern umgeht!

Wie die Nazis bekämpfen?

Den Faschismus bekämpfen heißt, ihn als das zu bekämpfen, was er ist: eine terroristische Bewegung, die ihre Stärke nicht aus einem Programm, einer Theorie zieht, sondern die abstrusen und abstrakten Hirngespinnsten anhängt, die ihrerseits nur Übersteigerungen bestimmter Inhalte bürgerlichen Bewußtseins (Nation, Staat) sind. Ihre Arena ist nicht das Parlament, sondern die Strasse. Ihre Methode ist nicht die Debatte, sondern der Terror. Ihr Selbstbewusstsein entspringt nicht einer tieferen Überzeugung, sondern der Aktion und dem Eingebundensein in eine Gruppe. Wer die Faschisten bekämpfen will, muss sie deshalb dort bekämpfen, wo sie selbst agieren.

Was heißt das? Es reicht nicht, eine Gegendemo gegen einen Naziaufmarsch durchzuführen. Wo es das Kräfteverhältnis - v.a. im Verhältnis zur Polizei - erlaubt, müssen die Naziaktionen verhindert werden. Das schließt auch die Notwendigkeit ein, physische Gewalt anzuwenden. Man muss wirklich blauäugig sein und die Nazis völlig falsch einschätzen, wenn man glaubt, nur mit Worten und guten Ratschlägen etwas erreichen zu können. So, wie die Nazi-Schläger ihr Selbstvertrauen aus "erfolgreichen" Anschlägen ziehen, so wirkt umgedreht ein kräftiger Tritt in den braunen Arsch nachhaltiger, weil er nämlich anzeigt, dass es Widerstand gibt, spürbaren Widerstand.

Die Aktionen der Nazis, ihr fast ungehindertes Auftreten in den "national befreiten Zonen" stärkt

nicht nur ihr Selbstvertrauen "wer zu sein" und ein Stück Macht (über andere) zu haben", sie dienen auch dazu sich als aktiv, als systemfeindlich, als unangepasst zu präsentieren und dadurch frustrierte Jugendliche zu beeindrucken und zu gewinnen. Die Nazis daran zu hindern, ist nur durch Gegenmobilisierungen möglich. Auch hier stellt sich die Frage der Gewalt - ob man will oder nicht: können wir uns gegen die Nazis verteidigen oder nicht, können wir ein Wohnheim für Ausländer oder eine Einrichtung der Gewerkschaft schützen oder nicht?

Diese simplen Fragen des Schutzes, letztlich vielleicht des eigenen Lebens, werfen auch organisatorische und Fragen des Kräfteverhältnisses auf.

Bisher läuft fast jede antifaschistische Aktion so ab, dass die Bullen zwischen den Fronten stehen und verhindern, dass die rechte Demo aufgerieben werden kann. Es steht außer Frage - und ein Blick in die Geschichte bestätigt diese Meinung: Wenn der Faschismus stärker wird, kann er nur aufgehalten werden, wenn ihm die organisierte Arbeiterbewegung entgegentritt. Das ist nicht nur eine Frage der Stärke. Rassistische Einstellungen verschiedener couleur gibt es auch in der Arbeiterklasse. Sie sind nicht nur allgemein Ausdruck der miteinander in Konkurrenz stehenden Lohnarbeiter, sondern auch Ergebnis zweier "hausgemachter" Probleme der reformistischen Führung der deutschen Arbeiterbewegung: 1. die rein ökonomische, auf Tariffragen beschränkte, "unpolitische" Orientierung der Gewerkschaften; 2. die defensive und kompromißlerische Haltung der Gewerkschaftsbürokratie und der SPD im Klassenkampf, die mittlerweile sogar jeden Anschein einer Opposition zum Kapitalismus verloren hat. Dieser Mangel an weiterreichender Perspektive, dieses Lavieren statt zu kämpfen ist es, was den braunen Demagogen ihr blutiges Spiel erleichtert.

Die Einbeziehung der Arbeiterklasse in den Kampf gegen Faschismus und Rassismus würde nicht nur das Kräfteverhältnis entscheidend verbessern, sondern auch verhindern, dass die braune Ideologie weiter an Boden gewinnen kann. Vor allem aber würde eine solche Politisierung und Aktivierung des Proletariats auch mehr politisches Bewußtsein, mehr Selbstorganisation, mehr Demokratie in der Arbeiterbewegung bedeuten und somit die Kampffähigkeit - ob in Arbeitskämpfen oder politischen Streiks - erhöhen. Eine kämpferische Arbeiterbewegung als Attraktionspol für die Jugend und die Lohnabhängigen wäre der beste Weg, den braunen Sumpf trockenzulegen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die NPD sehr stark auf die Karte "antikapitalistischer" Demagogie setzt. Die objektiv gemeinsamen Interessen der "deutschen" und "nichtdeutschen" Lohnabhängigen im gemeinsamen Kampf gegen das Kapital zur Geltung zu bringen, ist der beste Antirassismus.

Einheitsfront statt Volksfront

Das Bündnis mit bürgerlichen Parteien - die "Volks" front - gegen den Faschismus bedeutet also nicht, eine umso größere Bewegung zu schaffen, sondern bedeutet, die Kräfte, die wirklich etwas gegen die Rechten in der Praxis tun wollen, mit denen in einen Topf zu werfen, die das weder wollen noch können. Die scheinbar größere Bewegung wird mit dem Verlust der politischen Substanz erkauft. Die Orientierung auf die Verbotslösung, wie sie auch von etlichen Linken - von der MLPD bis zur PDS - vertreten wird, dient nicht nur oft genug als Alibi für die eigene praktische Untätigkeit, sondern es ist eine Strategie, die statt auf die eigene Kraft, auf die Mobilisierung auf die antifaschistischen Wundertaten des Staates hofft. Diese Demobilisierung behindert nicht nur den antifaschistischen, sondern jeden Klassenkampf!

Die aktuellen Mobilisierungen gegen Rechts müssen dazu genutzt werden, aktive Antifaschisten - v.a. Jugendliche, Immigranten, Gewerkschafter, Mitglieder aller Arbeiterparteien und der organisierten Linken - dafür zu gewinnen, in Antifa-Selbstschutzgruppen mitzuarbeiten, um Einrichtungen und Personen vor rassistischen Übergriffen zu schützen, Aktionen der Rechten zu verhindern und ihre Treffpunkte und Zentralen auszuheben. Sie müssen in der Öffentlichkeit präsent sein und der Bevölkerung zeigen, dass die Strasse nicht dem braunen Mob gehört.

Welche politische Grundlage braucht eine antifaschistische Einheitsfront? Eine Einheitsfront ist weder Ersatz für eine Partei noch ein Gremium für endlose theoretische Debatten. Es ist ein Bündnis verschiedener Gruppen und Personen zum Zweck, einen praktischen antifaschistischen Kampf zu führen. Dafür ist eine politische Plattform nötig, die möglichst wenige, aber dafür konkrete Ziele angibt, die alle Teilnehmer praktisch zu etwas verpflichten, überprüfbar und geeignet sind, neue Kräfte für die Aktionen zu gewinnen. Weder abstrakte Bekenntnisse zum Sozialismus, noch irgendwelche Wertkritiken gehören in eine solche Plattform. Sie muss einzig die gemeinsame und effektive Aktion gewährleisten und die politische Unabhängigkeit von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften und vom Staat. Die Einheitsfront schließt gleichzeitig die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer politischen Debatte und die Freiheit der Propaganda aller Teilnehmer ein.

Autonome Fehler

Die Antifa-Szene wird seit Jahrzehnten von autonomen Gruppen und deren Ideologien dominiert. So wirksam und mutig ihre Aktionen auch oft sind - perspektivisch gesehen sind sie unzureichend, um den Kampf nicht nur irgendwie weiterzuführen, sondern die Faschisten wirklich

zu schlagen. Hier soll nur auf zwei zentrale Mängel ihres Konzeptes eingegangen werden.

1. werden Einheitsfronten oft als Organisationsersatz mißbraucht und mit allen möglichen Ideen und Konzepten überfrachtet, die mit dem antifaschistischen Kampf direkt nichts zu tun haben und potentielle Mitstreiter, die vielleicht nicht dieselben Ansichten zum Sozialismus haben, abgeschreckt.

2. verhindert die fast zum Mythos stilisierte Organisationsfeindlichkeit der Autonomen nicht nur die Schaffung einer wirklich demokratisch koordinierten bundesweiten Antifa, sondern oft genug auch die zweckmäßige Organisation konkreter Aktionen und führt statt dessen in endlose zermürbende "Konsens"findungen, die in Wahrheit nur verschwommene Kompromisse sind und der willkürlichen Führung kleiner Cliquen Tür und Tor öffnen.

3. schließlich - und das ist das Hauptproblem - sieht sich die Antifa quasi als einziges "revolutionäres" Subjekt; die Arbeiterbewegung wird als verbürgerlicht abgestempelt. Diese Ignoranz gegenüber der Arbeiterbewegung äußert sich dann in einer Ignoranz gegenüber sozialen Forderungen. So werden Forderungen nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etc. als "bürgerlich" abgetan. Diese Ansicht ist nicht nur völlig ungeeignet, Lohnabhängige anzusprechen. Sie überläßt damit das Gebiet des Sozialen der Demagogie der Faschisten und ermöglicht andererseits den reformistischen Demagogen in der Arbeiterbewegung die Besetzung dieses Themas mit ihren fatalen Konzepten. Die Kritik an der "bürgerlichen" Arbeiterbewegung ist also in Wahrheit nichts anderes als eine Kapitulation vor deren jetzigen Zustand. Für die Schaffung einer kämpferischen proletarischen Antifa!

IFür offene Grenzen! Weg mit allen rassistischen Beschränkungen! Uneingeschränkte Staatsbürgerrechte (einschließlich des Wahlrechts) für alle, die in Deutschland leben!

IArbeit und gleicher Lohn für alle!

IKeine Volksfront mit bürgerlichen Kräften!

Aus: Arbeitermacht 59, November/Dezember 2000

Trotzkis Faschismustheorie

Der Faschismus hat heute kein vergleichbares Ausmaß wie 1930 in Deutschland erreicht. Dennoch formieren sich faschistische Banden, die tödliche Attacken auf Asylanten, Ausländer, Roma, Juden/Jüdinnen und Linke etc. unternehmen. Das theoretische Verständnis Trotzkis und die Lehren aus dem Kampf, den Trotzki in den 20er und 30er Jahren gegen den Faschismus führte, haben heute wie damals volle Gültigkeit.

Seit die italienischen Faschisten nach dem Ersten Weltkrieg Volkshäuser in Flammen setzten,

gibt es die Frage "Was ist Faschismus?". Sucht man nach Antworten bei bürgerlichen Anti-Nazi-Theoretikern - damals wie heute -so wird man enttäuscht: Man wird mit blutleerem, moralinsauerm Antifaschismus, historischer Detailforschung, Geschichtsfatalismus bzw. aggressions-theoretischen Versatzstücken abgespeist. All diese Erklärungsansätze erklären nichts. Zweifellos hat Faschismus etwas mit Aggression zu tun, aber das trifft auch auf die Kreuzzüge, die Hexenverbrennungen, auf Kriege und Revolutionen zu.

Die Frage ist vielmehr, woher kam diese massenhafte Aggression genau zu diesem Zeitpunkt, warum nahm sie die Form einer faschistischen Massenbewegung an, welche gesellschaftlichen Interessen standen dahinter, und wie wäre der Faschismus zu verhindern gewesen? Da die schonungslose Analyse dieser Fragen die Wurzeln der faschistischen Barbarei in der bürgerlichen Ordnung bloßlegen müsste, bleiben sie von bürgerlicher Seite unbeantwortet. Die Herrschaftsverhältnisse, die den Aufstieg des Faschismus ermöglichten, sind immer noch vorhanden, und solange sie nicht in Frage gestellt werden, bleibt die faschistische Vergangenheit "unbewältigt" und die Gefahr der Wiederkehr des "Unbewältigten" bestehen.

Leo Trotzki und die linke Opposition waren in den frühen 30er Jahren die einzigen, die basierend auf der marxistischen Methode ein umfassendes theoretisches Verständnis des Faschismus entwickelten. Nicht blinde, archaische Mächte haben mit Brachialgewalt Millionen von Menschen zu Opfern der Nazi-Barbarei gemacht, sondern es waren die materiellen Interessen gesellschaftlicher Klassen und Schichten. Die Überlegenheit von Trozki's Theorie besteht darin, die Dynamik und den "totalen" Charakter des Faschismus zu erfassen, indem er die widersprüchlichen gesellschaftlichen Tendenzen unterschiedlicher Klassen analytisch erfasst und in seinem Verständnis integriert.

Trotsky skizziert sein Verständnis der historischen Abfolge 1934 so:

"Die theoretische Analyse wie die historische Erfahrung des letzten Vierteljahrhunderts zeigen gleichermaßen, daß der Faschismus jedesmal das letzte Glied eines besonderen politischen Zyklus bildet, der aus folgenden Momenten besteht: schwerste Krise der kapitalistischen Gesellschaft - steigende Radikalisierung der Arbeiterklasse - wachsende Sympathie für die Arbeiterklasse und Verlangen nach Veränderung beim ländlichen und städtischen Kleinbürgertum - äußerste Verwirrung auf Seiten der Großbourgeoisie, welche mit feigen und betrügerischen Manövern darauf aus ist, den revolutionären Siedepunkt zu vermeiden - Erschöpfung des Proletariats, zunehmende Verwirrung und Indifferenz -Verschärfung der sozialen Krise - Verzweiflung des Kleinbürgertums, Sehnsucht nach Veränderung - kollektive Neurose des Kleinbür-

gertums, seine Bereitschaft an Wunder zu glauben, seine Bereitschaft zu Gewaltmaßnahmen - anwachsende Feindseligkeit gegenüber dem Proletariat, welches die kleinbürgerlichen Erwartungen enttäuscht hat. Das sind die Voraussetzungen für die rasche Formierung einer faschistischen Partei und für deren Sieg."

Historische Funktion des Faschismus

Die ökonomische Basis für den Aufstieg und die Verbreitung des Faschismus ist die strukturelle Verwertungskrise des Kapitalismus, die die Profitwirtschaft - bezogen auf den deutschen Faschismus - 1929 bis 1933 in eine Sackgasse bringt. Die Profite werden mager, die Situation der Börsen ist labil, die Arbeitslosigkeit (1930: 22,7%; 1933: 44,4% !) steigt rasant, die Konkurrenz um die weltweiten Märkte verschärft sich. Diese Merkmale der periodischen Strukturkrisen sind der kapitalistischen Ordnung immanent und erfordern - soll der Kapitalismus beibehalten werden - historische Brachialgewalt zur Bereinigung.

Der "natürliche" Prozess der Kapitalakkumulation kann unter den eingeeengten Bedingungen (Konkurrenz am Weltmarkt, Niveau der Reallöhne, der Arbeitsproduktivität, Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten) nicht weitergehen. Die historische Mission des Faschismus ist es, der letzte Retter der Bourgeoisie zu sein. Auch wenn das deutsche Bürgertum hier nicht einheitlich war, anfänglich zögerte, ja selbst sogar Einschränkungen hinnehmen musste, so war es die Funktion des Nazi-Faschismus, die Interessen bedeutender Kapitalgruppen durchzusetzen.

Auch wenn das Bürgertum sich gerne als "demokratisch" präsentiert, gibt es sehr unterschiedliche bürgerliche Herrschaftsformen in den 200 Jahren seit der industriellen Revolution. Sie reichen von den unterschiedlichen Formen der (konstitutionellen) Monarchie, des Bonapartismus, gestützt auf einen Militärapparat, des Pseudo-Parlamentarismus, der der Mehrheit der Bevölkerung das Wahlrecht verwehrte, bis hin zum Faschismus.

Im imperialistischen Zeitalter ist die bürgerlich-demokratische Form in den Metropolen über längere Phasen zweifellos die günstigste, denn sie vermag, dem Klassengegensatz seine Schärfe zu nehmen. Sie verringert die Reibungsflächen zwischen den Klassen, indem die Arbeiterklasse und die Mittelschichten durch soziale Reformen in das System eingebunden werden. Außerdem sichert sie großen Teilen des Bürgertums selbst über die bürgerliche Öffentlichkeit und die Parlamente eine direkte Beteiligung an der Ausübung der politischen Macht.

Doch wenn die ökonomischen Spielräume zu eng werden, ist diese Form der Herrschaftsausübung nicht mehr adäquat: "(...) die Bourgeoisie meint, daß die Disziplinierung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie für sie zu kostspielig wird. Die Bourgeoisie insgesamt braucht den

Faschismus, um die Sozialdemokratie im Zaum zu halten und sie bei günstiger Gelegenheit beiseite zu schleudern."

Das Bürgertum selbst zögert jedoch, den Dienst des Faschismus in Anspruch zu nehmen, da dies soziale Erschütterungen, Gefahren und Unkosten mit sich bringt. Um die Gefahren in Grenzen zu halten, setzte die deutsche Bourgeoisie in ihrer Mehrheit vorerst (1930-1933) auf halb-bonapartistische und bonapartistische Regimes. Diese (Brüning, Papen, Schleicher) stützten sich - im Unterschied zum Faschismus - in erster Linie auf die staatlichen Repressionsorgane, um sich als scheinbar neutrale Schiedsrichter über die kämpfenden Lager zu erheben. Mit Notverordnungen, zeitweiliger Ausschaltung des Parlaments sowie polizeistaatlichen Methoden wurden die Organisationen der Arbeiterklasse unterdrückt und der Faschismus an der Übernahme der Macht gehindert.

Trotzki beschreibt die Zeit, die für den Bonapartismus reif ist, so: "Zwei gewaltige Lager stehen einander gegenüber. Auf parlamentarischen Wege vermag keines zu siegen. (...) Die Gefahr des Bürgerkrieges erzeugt bei den herrschenden Klassen das Bedürfnis nach einem Schiedsrichter, einem Gebieter, einem Caesar. Das eben ist die Funktion des Bonapartismus."

Im Unterschied zu den katastrophalen Irrtümern der Stalinisten gab es für Trotzki keine Verwechslung von Bonapartismus und Faschismus und somit von Beginn an eine qualitative Unterscheidung zwischen diesen beiden Formen der politischen Herrschaft. Während der Bonapartismus die Organisationen der Arbeiterklasse 'bloß' unterdrückt, er eine provisorische Herrschaft der Bürokratie, der Polizei, der Soldateska darstellt, um Zeit zu gewinnen, zertrümmert und zerschlägt der Faschismus sämtliche Organisationen des Proletariats.

Im Januar 1932 schrieb Trotzki: "Die Weisen, die sich dessen rühmen, daß sie keinen Unterschied 'zwischen Brüning und Hitler' kennen, sagen in Wirklichkeit: Ob unsere Organisationen noch bestehen oder ob sie schon zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung. Hinter dieser scheinradikalen Phraseologie versteckt sich die niederträchtigste Passivität: einer Niederlage können wir nicht entgehen!" - Leider hat Trotzki recht behalten, und KPD wie SPD haben sich kampflös von den Faschisten auflösen lassen.

Die Großbourgeoisie unterschied jedoch genau zwischen 'Sein oder Nicht-Sein' der Arbeiterorganisationen. Sie nutzte zuerst alle Möglichkeiten der staatlichen Repression und setzte erst ab 1932 voll auf die faschistische Option: "Nicht leichten Herzens entschloß sich die hochgestellte Clique zum Geschäft mit den übelriechenden Faschisten. Hinter den hemmungslosen Emporkömmlingen stehen zu viele Fäuste, darin liegt die gefährliche Seite der braunen Verbündeten, doch darin liegt auch ihr entscheidender, vielmehr ihr einziger Vorteil."

Der Vorteil bestand für das Finanzkapital in Bedrängnis darin, daß der Faschismus die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse mit geschichtlicher Brachialgewalt hinwegzufügen vermochte. Er ermöglichte dem eingeeengten Finanzkapital neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation. Die Fakten sprechen hier eine klare Sprache: Die Profite der deutschen Handels- und Industriewirtschaft verdoppelten sich unter den ersten fünf Jahren (1933-1938) faschistischer Herrschaft; bei AEG stieg der Umsatz um 55%, bei Siemens gab es eine Verdoppelung, bei Krupp und Mannesmann-Röhrenwerke eine Verdreifachung, bei der Holzmann AG eine Versechsfachung und der Spitzenwert lag bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG mit einer Verzehnfachung des Umsatzes.

Für diesen Vorteil verzichtete das Bürgertum auf seine unmittelbare breitere parlamentarische Beteiligung.

Kleinbürgerliche Massenbewegung als Rammbock

Mit rein technischen Mitteln staatlicher Repression wäre dieses ökonomische Ziel nicht zu erreichen gewesen. SPD und KPD waren mit Millionen von Arbeiterinnen in der deutschen Gesellschaft fest verankert. Keine Polizeimethoden, kein Bonaparte, keine Militärdiktatur verfügt über zureichende Werkzeuge, um eine millionenstarke, bewusste Klasse auf Jahre hinaus zu atomisieren, zu zerschlagen und zu garantieren, dass der Klassenkampf auf Jahre nicht wieder aufflackert.

Hierzu bedarf es einer faschistischen Massenbewegung, die mit Straßenterror, Blockwarten, mit riesigen Apparaten von Spitzel- und Denunziantennetzen die Gesellschaft mit Angst und Schrecken überzieht. Da das Bürgertum und sein Staatsapparat zahlenmäßig eine kleine Minderheit darstellen, ist die Bourgeoisie immer darauf angewiesen, andere Gesellschaftsklassen bzw. -schichten für ihr jeweiliges Projekt zu gewinnen. In Zeiten der prosperierenden Wirtschaft hat sie genügend Spielraum, um über die reformistische Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse in den Metropolen an ihr System zu binden. In Zeiten der wirtschaftlichen Enge muss sie genau diese Errungenschaften angreifen. Um der organisierten Arbeiterbewegung letztendlich den Garaus zu machen, müssen Massen in Bewegung gesetzt werden.

Eine solche Massenbewegung kann nur auf dem Boden des zwischen den Hauptklassen aufgeriebenen Kleinbürgertums entstehen. Inflation, Verarmung der Kleinbauern, Massenarbeitslosigkeit von höheren Angestellten, Akademikern, massenhafte Konkurse von Kleinunternehmen, das Anwachsen des Lumpenproletariats, das zu allem bereit ist, um sein eigenes Elend, wenn auch nur für kurze Zeit zu verbes-

sern - das alles liefert das 'Menschenmaterial' für eine faschistische Massenbewegung.

Die Massenpsychologie des deklassierten Kleinbürgertums mit seinen halbfeudalen, vor-kapitalistischen Ideologieelementen ist der gesellschaftliche Nährboden für das Anschwellen des Faschismus zur Massenbewegung. Das Programm des Faschismus fasst die enttäuschten Hoffnungen des radikalisierten Kleinbürgertums zusammen. Es ist ein Programm ohne Entwicklungsperspektive, ein Programm der Verzweiflung und Enttäuschung, der reaktionären Flucht vor der Zukunft. Der Kleinbürger "ist dem Entwicklungsgedanken feind, denn die Entwicklung geht beständig gegen ihn - der Fortschritt brachte ihm nichts als unbezahlbare Schulden." Das Kleinbürgertum hat keine eigene historische Perspektive, deshalb schwankt es zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Bei entsprechend entschlossener proletarischer Politik hätten bedeutende Teile davon für die Seite der Arbeiterbewegung gewonnen werden können.

1930 schreibt Trotzki: "Das gigantische Anwachsen des Nationalsozialismus ist Ausdruck zweier Tatsachen: der tiefen sozialen Krise, die die kleinbürgerlichen Massen aus dem Gleichgewicht bringt, und des Fehlens einer revolutionären Partei, die schon heute in den Augen der Volksmassen der berufene revolutionäre Führer wäre. Wenn die Kommunistische Partei, die Partei der revolutionären Hoffnung ist, so ist der Faschismus als Massenbewegung, die Partei der konterrevolutionären Verzweiflung. Wenn die revolutionäre Hoffnung die gesamte proletarische Masse ergreift, so zieht sie unfehlbar bedeutende Schichten des Kleinbürgertums hinter sich her auf dem Weg der Revolution. Gerade auf diesem Gebiet zeigen die Wahlen (von September 1930, die KPD steigerte durch ihre falsche Politik ihre Wählerstimmen nur von 3,3 Millionen auf 4,6 Millionen, die NSDAP kam hingegen von 800.000 auf über 6,4 Millionen, Anmerkung AM) ein ganz entgegengesetztes Bild: Die konterrevolutionäre Verzweiflung hat die kleinbürgerliche Masse mit solcher Gewalt erfaßt, daß sie bedeutende Schichten des Proletariats mit sich zog."

Die faschistischen Führer werden mit ihrer "sozialen Demagogie" der Konkurrenz zur Arbeiterbewegung gerecht. Sie nehmen die Wut der Kleinbürger auf den Kapitalismus und verwandeln sie in eine Aggression gegen das "jüdische Kapital", sie bieten für das Zuwenig an Wohnungen und Arbeitsplätzen die Vertreibung all jener an, die als nicht zum Volksganzen gehörig definiert werden.

Die faschistischen Banden umfassen anfangs nur die desperatesten und wütendsten Teile des Kleinbürgertums. Mit dem Anwachsen der faschistischen Bewegung finden sich darin dann jedoch die Masse der Kleinbürger sowie die unbewussten, unorganisierten Teile der Lohnabhängigen. Der Klassencharakter dieser Be-

wegung ist kleinbürgerlich. Sie kann ihre historische Rolle nur in ihrem Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft und mit dem Einsatz physischer Gewalt gegen Minderheiten und gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung erfüllen. Das erste Stadium dieser Entwicklung verläuft im großen und ganzen unabhängig von der Großbourgeoisie. Will der Faschismus jedoch die Macht im Staat ergreifen, benötigt er ihre Unterstützung.

Ist es der faschistischen Massenbewegung dann gelungen, die Arbeiterbewegung zu zermürben und zu zerschlagen, dann hat sie ihren Dienst für das Finanzkapital getan. Nun wird die Bewegung in den bürgerlich-faschistischen Staat hinein verbürokratisiert, die volkstümlich-kleinbürgerliche Demagogie verliert sich. Die faschistische Diktatur vertritt zusehends nicht die Interessen des Kleinbürgertums, sondern die des Monopolkapitals. Die inneren Verwertungsbedingungen werden zugunsten dieser Kapitalgruppen umstrukturiert. Um den drohenden Staatsbankrott zu verhindern, wird die faschistische Alles- oder Nichts-Politik aus der Innen- auf die Außenpolitik übertragen. Der Zweite Weltkrieg wird angezettelt. Mit zunehmender Entwicklung streift die faschistische Diktatur ihre kleinbürgerliche Massenbasis wieder ab und verwandelt sich in eine besondere Art von Bonapartismus. Die Alternative zum Faschismus war in den 30er Jahren nicht die bürgerliche Demokratie. Wenn dies möglich gewesen wäre, hätte sich die Großbourgeoisie nicht auf das waghalsige Abenteuer mit den Faschisten eingelassen. Ein Abenteuer war es für die Großbourgeoisie deshalb, weil der Ausgang des Bürgerkrieges zwischen der Arbeiterschaft und den Faschisten ungewiss war.

Sozialismus oder Barbarei

Die Sozialdemokratie trägt die Hauptverantwortung für das Wachstum des Faschismus, denn sie hat die Klasse zur Passivität verdammt. Sie rührte praktisch keinen Finger gegen die Nazis. Während der Ordnerdienst der KPD auch mit den Mitteln der Gewalt versuchte, die Nazis an einer Ausbreitung zu hindern, hielt die SPD-Führung den "Reichsbanner" meist zurück. Nach der Machtübernahme durch die Nazis 1933 baute die KPD - wenn auch mit einer völlig falschen Perspektive - ein Untergrundnetz auf. Die SPD dagegen beschränkte sich größtenteils auf die Verfassung demokratischer Resolutionen vom Ausland aus.

Doch das Versagen der Sozialdemokratie geht noch viel weiter. Ihr ganzes reformistisches Konzept trieb sie zu einer Anhängsel-Politik an etwas gemäßigtere bürgerliche Kräfte. So unterstützte sie im Reichstag die autoritären Regierungen von Brüning, Papen, Schleicher. Sie trug all deren arbeiterfeindliche Maßnahmen mit. Als Zeichen besonderer Staatsloyalität ließ der so-

zialdemokratische Polizeipräsident Berlins 1929 duzende Kommunisten bei der Mai-Feier erschießen. Ja selbst 1933 (nach der Machtübernahme der Nazis) weigerte sich die SPD, mit der KPD gemeinsam einen Generalstreik zu organisieren. Der Endpunkt dieser bürgerlichen Politik war schließlich, dass die sozialdemokratische Parlamentsfraktion 1933 der außenpolitischen Erklärung Hitlers zustimmte. Und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erklärten sich bereit, gemeinsam mit den Nazis den 1. Mai als "Tag der nationalen Arbeit" zu feiern! Das ist reformistische Realpolitik: Nie zu den Methoden des Klassenkampfes greifen, um schlussendlich ohne einen Mucks zu kapitulieren.

Dennoch: Wäre die Kommunistische Internationale nicht vom Gift des Stalinismus durchtränkt gewesen und hätte die KPD eine richtige Politik gegenüber der Sozialdemokratie eingeschlagen - nämlich sie von Anfang an in die Einheitsfront gegen den Faschismus gezwungen - so wären die Chancen für einen anderen Ausgang der Geschichte fast sicher gewesen.

Oder wie Trotzki es selbst 1931 formulierte: "Deutschland durchlebt gegenwärtig eine ihrer großen historischen Stunden. von denen das Schicksal des deutschen Volkes, das Schicksal Europas und in bedeutendem Maße das Schicksal der ganzen Menschheit auf Jahrzehnte hinaus abhängt. Setzt man eine Kugel auf die Spitze einer Pyramide, so kann ein geringer Anstoß sie noch links oder rechts hinabrollen lassen. Das ist die Lage, der sich Deutschland mit jeder Stunde nähert. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge nach rechts hinabrollen und der Arbeiterklasse den Rücken zerschmettern. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge sich auf der Spitze halten. Das ist Utopie. Die Kugel kann sich auf der Pyramidenspitze nicht halten. Die Kommunisten wollen, die Kugel möge nach links hinabrollen und dem Kapitalismus den Rücken zerschlagen. Aber wollen ist wenig, man muß können. Versuchen wir nochmals ruhig zu überlegen: ist die Politik, die gegenwärtig vom ZK der KPD betrieben wird, richtig oder falsch?"

Geduldig versuchten die bereits 1927 aus der Kommunistischen Internationale (Komintern) ausgeschlossenen Trotzkisten und die Linksoption - von den Stalinisten als Nazi-Kollaborateure denunziert - ihren Einfluss auf die Politik der Kommunistischen Parteien geltend zu machen. Trotzki sah zwei wesentliche Aspekte, die es für eine richtige Ausrichtung der Politik zu berücksichtigen gilt: "A) die politische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Stärke des Faschismus; B) die absolute Unversöhnlichkeit zwischen Faschismus und jenen Arbeiterorganisationen, auf die sich die Sozialdemokratie selbst stützte."

Die zentrale Aufgabe der KPD bestand für ihn darin, die Vorherrschaft der Sozialdemokratie über die Arbeiterschaft zu brechen, die Lohnabhängigen von der prokapitalistischen Führung

loszureißen, deren Schwäche und Unterstützung für den Kapitalismus die Mittelklassen und die Arbeitslosen den Nazis in die Hände trieben.

Angesichts der faschistischen Gefahr gab es viele innerhalb der Arbeiterbewegung, die die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen sahen. "An vielen Orten haben Arbeiter bereits die organisatorische Form der Einheitsfront aufgezeigt, in der Gestalt von Abwehrkartells, die sich auf alle örtlichen Arbeiterorganisationen stützen. Diese Initiative muß man ergreifen, vertiefen, befestigen, verbreitern, alle Industriezentren durch Kartelle erfassen, die Kartelle untereinander verbinden, einen gesamtdeutschen Arbeiter-Abwehrkongreß vorbereiten."

Aber die reaktionäre Politik der Führungen der beiden großen Arbeiterparteien verunmöglichten die Realisierung dieser Stoßrichtung. Die "Einheitsfront" der KPD beschränkte sich die meiste Zeit ultimatistisch nur auf "Revolutionäre" und schloss sozialdemokratische Arbeiter von vornherein aus. Die sklavische Ergebenheit der SPD-Führung gegenüber Kapitalismus und Verfassung verhinderte eine Kampfgemeinschaft mit kommunistischen Arbeitern.

Trotzki erkannte, dass es nur einen Weg gab, nämlich: die Arbeiterereinheitsfront.

Die Kommunisten hätten der sozialdemokratischen Basis ihre Entschlossenheit zum gemeinsamen Kampf für die unmittelbaren Tagesaufgaben damit zeigen sollen: wirksamer Schutz der Versammlungen und der Organisationen der Arbeiter, um so den Weg für eine Offensive der Arbeiter gegen die Nazi-Banden vorzubereiten.

Wenn die SPD-Führung abgelehnt hätte, hätte sie ihre Unwilligkeit, die Errungenschaften zu verteidigen, vor ihrer Basis offengelegt. Die Kommunisten wären damit ein Attraktionspol für alle sozialdemokratischen Arbeiter geworden, die die Gefahr des Faschismus erkannten und etwas dagegen tun wollten. Hätte die SPD einer Arbeiterereinheitsfront aber zugestimmt, wäre ihre Basis in militante Kämpfe einbezogen worden, die sich auf allen Ebenen die Zerschlagung der Nazis zum Ziel gemacht hätten und damit eine entscheidende Kraft in Deutschland geschmiedet hätten. Die konsequente Anwendung der "trotzkistischen" Einheitsfrontpolitik gegenüber der SPD wäre die entscheidende Möglichkeit der Arbeiterklasse für einen Sieg, für ein "Roller der Kugel nach links" und einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise gewesen.

Stalin hingegen prägte die Phrase Faschismus und Sozialdemokratie seien keine Gegensätze, sondern Zwillinge.

Trotzki stimmte zu, dass beide letztendlich den Interessen des Kapitals dienen. Dennoch: Die Nazis standen für die Vernichtung der Sozialdemokratie. Die Einheitsfront wäre möglich und notwendig gewesen unter der Bedingung, der SPD keine Entschuldigung für die Ablehnung

von Aktionen zu lassen und nichts von der Kritik an der Sozialdemokratie zurückzunehmen.

Trotzki ließ keine Gelegenheit verstreichen, die KPD für den Kampf um die Abwehreinheitsfront zu gewinnen. Er schrieb in einem Brief an die KPD im Dezember 1931: "Arbeiter-Kommunisten, Ihr seid Hunderttausende. Millionen; Ihr könnt nirgendwohin wegfahren, für Euch gibt es nicht genug Reisepässe. Wenn der Faschismus an die Macht kommt, wird er wie ein furchtbarer Tank über Eure Schädel und Wirbelsäulen hinwegrollen. Rettung liegt nur im unbarmherzigen Kampf. Und Sieg kann nur das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen. Eilt, Arbeiterkommunisten, ihr habt nicht mehr viel Zeit!

Die Kassandrarufe Trotzki sind, abgesehen von einzelnen Arbeitern, von der KPD nicht erhört worden. Die KPD hat den Faschismus in Deutschland genauso siegen lassen wie die SPD. Fatalismus, völliges theoretisches Unverständnis und der Irrglaube, Hitler werde sich schon nicht lange halten und "nach Hitler kommen - wir", ließen die reaktionäre Politik Stalins in Deutschland katastrophale Ausmaße annehmen. Damit war der endgültige Bankrott der Kommunistischen Internationale besiegelt.

Wenn die Theorie und die Kampfperspektive Trotzki zu den Massen der Arbeiterklasse durchgedrungen wäre und konkrete Umsetzung erfahren hätte, d.h. nicht von den bürokratischen Apparaten von SPD und KPD blockiert worden wäre, wären der Menschheit die Gräuel der Vernichtungslager und die 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges mit ihren Folgen bis in die heutigen Tage erspart geblieben. Dies hätte wiederum die stalinistisch geprägte KPdSU evolutionieren geholfen und neben einer Million Kommunisten, die dem Stalinschen Terror zum Opfer fielen, weiteren Millionen Menschen das Leben gerettet.

Aus: ArbeiterInnenstandpunkt 67, März 1995

Schlagt die Faschisten ! Aber wie?

Drei Fragen und Antworten im Kampf gegen die Nazis

1. Warum wachsen die Faschisten?

Auf wen stützen sie sich?

"Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen", hat der Philosoph Max Horkheimer treffend formuliert.

Der Faschismus ist kein "Betriebsunfall", keine "Entgleisung", er ist auch nicht einfach ein "Verbrechen". Er ist eine politische Bewegung, die aus der Krise des Kapitalismus selbst erwächst und aus dem Versagen der Führung der Arbeiterbewegung.

Der Faschismus stützt sich sozial auf das Kleinbürgertum, auf Mittelschichten, ja auch auf von sozialem Abstieg bedrohte Teile der Arbeiterklasse. Anders als "normale", parlamentarisch ausgerichtete bürgerliche und kleinbürgerliche Parteien organisieren die Faschisten ihre Anhänger nicht einfach als Mandatare, Wahlwerber, Betragzahler - sondern als aggressive, militante Bewegung, die gegen die vermeintlichen Verursacher der Krise, der drohenden und realen Deklassierung zum gewalttätigen und organisierten Rammbock aufgebaut wird.

Vom Großkapital, das den "kleinen Mann" ruiniert, sondern sie die "schlechte" Seite, das "jüdische", "internationale", "parasitäre", "kossmopolitische" Geldkapital ab, das den "anständigen" und "fleißigen" Deutschen samt der "nationalen" Unternehmerschaft - natürlich mit unlauteren Mitteln - erledigen will.

Die Arbeitsimmigranten "überfremden" nicht nur die Leitkultur aus BILD-Zeitung, McDonalds und Büchsenbier, sondern nehmen zu allem Überduss auch noch die nicht vorhandenen Jobs weg.

Die Arbeiterbewegung, die "Linke" liefere die "guten Landsleute" an diese "Weltverschwörung" aus. Sie muss daher als immer noch mehr oder minder "bolschewistisch" zerschlagen werden, sie spaltet die nationale Volksgemeinschaft durch ihre bloße Existenz.

Auch wenn die NPD und die Faschisten aktuell keine Herrschaftsoption des Kapitals sind - so sind sie eine massive Gefahr für die Arbeiterbewegung, für Immigranten, für die Linke, für die jüdische Bevölkerung.

Ihr Wachstum ist Resultat einer gesellschaftlichen Krise und des ständigen Zurückweichens der organisierten Arbeiterbewegung in den letzten zehn Jahren. Die Restauration des Kapitalismus in der DDR war eine schwere Niederlage für die Arbeiterklasse, auf die die Zerstörung von zwei Dritteln der ostdeutschen Industrie und damit auch der Beschäftigung in diesem Bereich folgte. Die Deklassierung und Verzweiflung wurde zum Massenphänomen, und die Nazis verbreiteten als Einzige massenhaft "radikale" Antworten, während die Führung der Arbeiterbewegung als Komplize von Entlassungen, Sozialabbau usw. agierte.

So konnten die Faschisten sich als Alternative präsentieren, deshalb rückten sie den dumpfen "Antikapitalismus" des "kleinen Mannes" demagogisch in den Vordergrund.

Das faschistische Programm, die faschistischen Erklärungen sind keineswegs klüger oder origineller geworden. Sie zeichnen sich gerade durch äußerste Verwirrtheit, Fehlen selbst inne-

rer Logik aus - sie gleichen vielmehr einer Sammlung reaktionärer Gedanken vom "Urteutschen", über Esoterik, Sentimentalität, Romanik, Totenkult, gepaart mit Biedermeiertum und Nazi-Raves.

Statt dessen benutzen die Nazis den Knüppel, die Gräberschändung, den Mord und das Pogrom als Zeichen rassistischer Überlegenheit. Die Stärke der Nazi-Bewegung muss sich im Aufmarsch und im Terror gegen Andere selbst zur Schau tragen. So schweißt sich die reaktionäre Bewegung samt Sturmtrupp zusammen.

Sie müssen daher als organisierte Bewegung zerschlagen werden. Unter diesem Druck werden die Faschistenführer und Kader zwar nicht aufhören, Nazis zu sein - ihre Opfer können sich so jedoch wehren, die Nazi-Anhängerschaft kann verunsichert werden, so dass ihr Mythos der Stärke zerbricht.

Zweitens muss der Kampf gegen die Faschisten mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden werden, mit dem Kampf in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Schulen, vor den Arbeitsämtern für eine Politik des Klassenkampfes. Nur so kann die Arbeiterbewegung die ihren Reihen verloren gegangenen Arbeiter zurückgewinnen, nur so kann sie sich den Mittelschichten als Klasse präsentieren, die eine fortschrittliche Lösung der gesellschaftlichen Probleme erkämpfen will und kann.

Alle "Demokraten" gegen die Nazis?

In den letzten Monaten sind sehr viele Bündnisse gebildet worden. Aufmärsche gegen die Nazis, gegen rassistische und faschistische Anschläge fanden in vielen Städten statt und brachten Hunderttausende auf die Straße.

Angesichts der realen Bedrohung durch den Nazi-Terror ist das ein ermutigendes Zeichen. Die "extreme" Linke auf sich allein gestellt, ist schon lange nicht mehr in der Lage, den Faschisten Einhalt zu bieten.

Doch oft haben sich Bündnisse gebildet, die klassenübergreifenden Charakter haben, neben Vertretern der Linken und Arbeiterparteien und der Gewerkschaften auch Unternehmerverbände und die politischen Organisationen der Bourgeoisie wie FDP, Kirchen, ja selbst CDU/CSU - eben alle "Anständigen", alle "Demokraten" umfassen.

Auch wenn solche Bündnisse einmalig Massen auf die Straße bringen können - sie können niemals die Faschisten schlagen.

Ein Bündnis mit den Unternehmern, gemeinsame Aufrufe mit den Bürgerlichen können nur zur Beschönigung des Kapitalismus und zur Beschränkung des Kampfes gegen die Nazis führen. Die anti-faschistischen Arbeiter und Arbeiterinnen werden bei dieser "Einheit" vor den Karren der Unternehmer gespannt.

Diese Aufgabe der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse bedeutet nicht nur, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Naziterror hervorbringen, der Tendenz nach verewigt werden sollen - sie haben auch ganz praktische Auswirkungen auf den unmittelbaren Kampf.

Der Kampf gegen die Nazis schließt notwendigerweise den Aufbau von Selbstverteidigungsorganisationen ein, von Verteidigungsgruppen für Flüchtlinge, Asylbewerber, Immigranten, Linke usw. Um uns gegen die Nazis auf dieser Ebene wirksam verteidigen zu können, müssen wir das Gewaltmonopol des Staates praktisch in Frage stellen. Das ist aber unmöglich mit Klassen, die das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates gerade zur Verteidigung ihrer eigenen Herrschaft brauchen.

Wie wir gesehen haben, besteht ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Krise, Perspektivlosigkeit und Wachstum der Faschisten. Die Nazis sagen ihren Anhängern: „Ihr seht die Gewerkschaften, die SPD, die PDS, .. sitzen in den Parlamenten und tun nichts. Jetzt sagen sie, sie wollen uns bekämpfen - und sie bekämpfen uns zusammen den Leuten, die Euch entlassen haben, die die Löhne kürzen, die darauf bestehen, dass im Osten länger gearbeitet werden muss als im Westen usw. Sobald wir auftauchen, ist ihr Gerede von den Interessen der Arbeiter vergessen.“

Das Schlimmste an diesen oder ähnlichen Argumenten der Faschisten ist, dass sie hier ausnahmsweise die Wahrheit treffen.

Daher stärken Bündnisse mit den Unternehmern und allen bürgerlichen Kräften in Wirklichkeit auch gar nicht die Antifaschisten, sondern die Nazis!

Der Kampf gegen die NPD und andere Nazioorganisationen ist kein Kampf "Demokratie gegen Faschismus", des guten gegen den schlechten Teil der "Nation". Die Nazis und ihre bürgerlichen Gegner (bis hin in die "extreme Linke") teilen ungewollt dieselbe Annahme. Während sich die Faschisten zum Rammbock einer vermeintlich unterdrückten und vom Aussterben bedrohten "deutschen Nation und Rasse" erklären, halten ihnen ihre "anständigen" Gegner aus dem Parlament entgegen, dass "Deutschland ja gar nicht so sei."

Auch der, ja gerade der Kampf gegen den Faschismus ist eine Klassenfrage. Dass die deutschen Bürgerlichen, die Unternehmerverbände - die schon einmal zum Faschismus als Retter ihrer imperialistischen Herrschaft gegriffen haben - davon nichts wissen wollen, ist zwar verlogen, vom Klassenstandpunkt aus gesehen aber nur folgerichtig.

Auch dass die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer einschließlich der PDS und reformistischer Betriebsräte gemeinsame Erklärungen mit verschiedenen Unternehmerorganisationen gegen "Intoleranz" und für "Menschlichkeit" unterzeichnen, verwundert

nicht. Klassenzusammenarbeit ist diesen Leuten ja auch sonst nicht fremd - beginnend mit der Regierungstätigkeit bis hin zum Bündnis für Arbeit. Wer sich über die Kürzung der Renten "verständigt", kann das natürlich auch bei papierernen Erklärungen mit den Unternehmern.

Die gemeinsame Losung besteht dann darin, die "Wachsamkeit" des Staates, die Gesetze zu verschärfen oder die NPD verbieten zu lassen und ansonsten an die Zivilcourage der Menschen zu appellieren.

Die Massen, die zu diesen Demos aufgerufen werden, sollen jedoch keinesfalls zu organisierten, aktiven Kämpfern und Kämpferinnen gegen die Nazis werden - das wäre auch mit den Interessen der "Bündnispartner" ganz unvereinbar. Sie dienen vielmehr als Staffage zur rein symbolischen Untermauerung des "staatlichen Eingreifens." Die Wirkungslosigkeit dieser Politik lässt sich sehr deutlich sehen, wenn wir uns an die Lichterketten gegen den Nazi-Terror Anfang der 90er Jahre erinnern, die viel massiver als heute waren. Was ihnen folgte, waren eine weitere Steigerung des Terrors und eine stärkere und einheitlichere Nazibewegung.

Alle Bündnisse mit der herrschenden Klasse haben eine politischen Preis - die Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse und Unterdrückten. Deshalb lehnen wir sie auch prinzipiell ab. Statt eines Bündnisses mit den Bürgerlichen brauchen wir eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung zur Zerschlagung des Faschismus.

Was machen die extreme Linke und die Arbeiterbewegung?

Wie eine Arbeitereinheitsfront aufbauen?

Die extreme Linke begeht im Kampf gegen die Faschisten i.w. zwei politische Fehler, die sich auf die verschiedenen Gruppierungen unterschiedliche verteilen und die teilweise kombiniert auftreten: einen opportunistischen und einen sektiererischen.

Der opportunistische Fehler besteht in einer Anpassung an den "demokratischen" oder "staatlichen" Antifaschismus, wobei das Kapital oder andere bürgerliche Kräfte zu "antifaschistischen Kräften" stilisiert werden. Wir bestreiten an diese Stelle nicht, dass einzelne Angehörige des Bürgertums ernsthaft gegen Faschisten kämpfen wollen - ebenso wie es bürgerliche Frauen gibt, die ernsthaft gegen die Frauenunterdrückung kämpfen, von der sie schließlich selbst betroffen sind.

Doch ist das schon ein Argument dafür, gemeinsame Erklärungen mit den Frauenorganisation der CDU oder der katholischen Frauenbewegung herauszugeben? Sicher nicht! Das trifft auch auf den Kampf gegen die Nazis zu.

Solche "breiten" Bündnisse sind nicht zu haben, ohne den Kampf gegen die Faschisten politisch wirkungslos zu machen. Entscheidend ist nicht, ob sich dieser oder jener Bürgerliche dem Kampf anschließen will, sondern ob die Ziele und Methoden des Kampfes verwässert werden, nur um diesen oder jenen bürgerlichen Politiker als Sprecher zu ködern.

Daher soll eine Plattform im Kampf gegen die Faschisten auch jene Forderungen beinhalten, die notwendig sind, um die Nazis wirklich zu schlagen. Das Bündnis muss gleichzeitig solche Aktionen durchführen, die geeignet sind, diese Ziele zu erreichen - ansonsten stehen sie nur auf dem Papier, und das ist bekanntlich geduldig. Wir schlagen dazu folgende Forderungen vor:

I Keine Plattform, keine Rede- und Versammlungsfreiheit für die NPD und alle anderen faschistischen Organisationen!

I Verhindert alle Aufmärsche von Faschisten und Rassisten! Weg mit der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick! Für regionale und bundesweite Massendemonstrationen, Blockaden und Besetzungen gegen die NPD und alle anderen faschistischen, rassistischen und rechtsextremen Organisationen!

I Aufbau örtlicher Selbstverteidigungsgruppen gegen Nazi-Übergriffe und rassistische Überfälle!

Um diese Forderungen herum muss versucht werden, alle Organisationen der Arbeiterbewegung zu gewinnen - die SPD, die PDS, die Gewerkschaften. Wir fordern dazu auch die Grünen auf, obwohl sie eine kleinbürgerliche Partei sind.

Das ist notwendig, gerade weil der Kampf gegen die Nazis die Kräfte der Arbeiterbewegung erfordert (und zwar schon heute), weil SPD, Gewerkschaften, PDS die wichtigsten und einflussreichsten Organisationen sind. Das ändert nichts am bürgerlichen Charakter der Politik von SPD, PDS und der Gewerkschaftsführungen. Diese sind fest im Kapitalismus verwurzelt.

Aber die Gewerkschaften sind gleichzeitig die Massenorganisationen der Arbeiterklasse in Deutschland. SPD und PDS sind bürgerliche Parteien, aber bürgerliche Parteien, die sich nicht auf diese oder jene Fraktion der Kapitalistenklasse stützen (wie CDU/CSU oder FDP), sondern auf die organisierte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften oder anderen Massenorganisationen. Sie haben einen widersprüchlichen Charakter, sie sind bürgerliche Arbeiterparteien.

Das bedeutet, dass wir Forderungen an Führung und Mitgliedschaft dieser Organisationen stellen müssen, den Kampf gegen die Faschisten um obige Forderungen zu unterstützen.

Es ist in Wirklichkeit eine Utopie zu meinen, die Arbeiterbewegung, in der der Einfluss der extremen Linken noch dazu verschwindend ist,

könnte ohne eine solche Politik gewonnen werden - wie es auch eine Utopie ist, dass die faschistischen und rassistischen Schläger allein durch die Linke gestoppt werden könnten. Die Gewerkschaften und bürgerlichen Arbeiterparteien können durch eine solche Politik besser und leichter unter den Druck ihrer Mitgliedschaft gesetzt und gezwungen werden, solche Kämpfe zu unterstützen.

Ein praktischer Ausdruck dieser Taktik ist die Aufforderung an die Gewerkschaften, die SPD und die PDS, die Anstands-Bündnisse mit den Bürgerlichen zu brechen und am Aufbau einer proletarischen Einheitsfront mitzuwirken.

Eine solche Taktik ermöglicht einerseits, die Massen für den organisierten Kampf gegen die Nazis zu gewinnen. Sie hat zugleich den Vorteil, dass so die Führer von ihren Mitgliedern im gemeinsamen Kampf (wie schon in der Aufforderung) getestet werden können. Eine solche Taktik ist daher auch vom Standpunkt, den bürgerlichen Charakter der SPD/PDS klarzulegen, viel hilfreicher, als das im Grunde passive Rasonieren sektiererischer Kleingruppen und Parteien darüber, ob die SPD überhaupt noch Einfluss in der Arbeiterbewegung hätte.

Dieser sektiererische Fehler erschwert in Wirklichkeit den Aufbau einer Arbeiterereinheitsfront und hilft gleichzeitig den SPD/PDS/Gewerkschaftsführern, eine solche abzulehnen.

Der Aufbau einer bundesweiten Einheitsfront gegen die Faschisten muss sich vor allem in der Aktion bewähren. Wir sind daher dagegen, ein Bündnis gegen die NPD mit allen möglichen zusätzlichen Forderungen und Bedingungen zu überfrachten. Das Ziel muss vielmehr sein, eine Einheit herzustellen, die die Arbeiterklasse zur Zerschlagung der NPD mobilisiert und organisiert.

Arbeiterereinheitsfront darf daher auch nicht nur bedeuten, prominente Gewerkschafter, PDSler, SPDler usw. als Redner zu gewinnen - sie muss dazu führen, ein bundesweites demokratisches Bündnis zwischen Parteien, Gewerkschaften und der Linken aufgebaut wird, das in den Betrieben, in den Schulen, an den Unis, im Stadtteil aktiv ist, örtlich und bundesweit Aktionen organisiert, Selbstverteidigungsgruppen aufbaut und unterstützt.

Ein solches Bündnis kann und wird die NPD und andere faschistische Organisationen zurückschlagen - es zeigt damit zugleich in der Praxis, dass die Arbeiterklasse in der Lage und fähig ist, einen solchen Kampf anzuführen, dass wir weder den bürgerlichen Staat und seine Bullen, noch die herrschende Klasse brauchen, um mit den Nazis fertig zu werden.

Aus: Arbeitermacht 60, Januar/Februar 2001

LINKSRUCK und das Bündnis "Weg mit der NPD":

Bilanz und Ausblick

Das Bündnis gegen die NPD besteht inzwischen seit einigen Monaten: Zeit, Bilanz zu ziehen und zu überlegen, wie das Bündnis weiter entwickelt werden kann.

Das Bündnis entstand auf Initiative von LINKSRUCK. Die Idee dabei war, eine Einheitsfront aus Antifas, Linken, Gewerkschaftern, Anhängern von SPD und PDS aufzubauen, aber auch Nichtorganisierte zu gewinnen, die durch die Terroranschläge der Nazis zum Widerstand motiviert worden sind.

Ziel des Bündnisses sind militante Aktionen gegen Aufmärsche, Anschläge und Stützpunkte der Nazis. Im Zentrum der Aktivitäten steht die NPD als politisches und administratives Zentrum der gesamten Naziszene. Neben diesen Positionen war es erklärte Absicht von LINKSRUCK und den Erstunterstützern der Gründungsplattform, das Bündnis bundesweit zu etablieren.

Positiva ...

Die Gruppe ARBEITERMACHT (GAM) arbeitet aktiv in den Strukturen des Bündnisses mit und unterstützt dessen Ziele aus folgenden Gründen:

1. bietet es einen realistischen Ansatz, ein breites bundesweites Bündnis gegen Nazis aufzubauen, das geeignet ist, die Zersplitterung und das unkoordinierte Nebeneinander diverser (meist autonomer) Antifagruppen und -initiativen zu überwinden.

2. hat die Kampagne eine klare Orientierung auf Aktionen gegen die Nazis und deren gefährlichstes Projekt, die NPD. So orientiert die Bündnis-Plattform z.B. auf die Verhinderung von Naziaufmärschen und die Beseitigung der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick.

Es ist richtig, dass es keine politischen Vorbedingungen in ihr gibt, die statt zu einem Aktionsbündnis zu einem Propagandablock führen und für viele potentielle Antifaschisten ein Hindernis darstellen könnten, sich zu beteiligen. Dieses Herangehen hebt sich positiv von der Mehrzahl autonomer Initiativen ab, die sich in ewigen Grundsatzdebatten selbst zermürben und ein Aktionsbündnis fälschlicherweise mit Inhalten vermischen, die für den Aufbau einer politischen Organisation notwendig wären. Das Ergebnis ist dabei oft genug ein fauler Kompromiss, der von niemand ernsthaft geteilt wird, und oft dazu führt, die politische Diskussion anstelle der gemeinsamen Aktion zu setzen.

Auch die SAV macht hier einen Fehler, indem sie die Aufstellung sozialer Forderungen (Kritik an der Regierung etc.) in die Plattform eines

Anti-Nazi-Bündnisses einbezieht und damit für antifaschistische Sozialdemokraten und Gewerkschafter eine Hürde aufbaut, die unter Umständen verhindert, dass diese gegen Nazis aktiv werden.

Dieser Auffassung ist die Position von LINKSRUCK, die PDS, SPD und Gewerkschafter in das Bündnis integrieren will, vorzuziehen. Das ist auch der wichtige dritte Grund für unsere Unterstützung des Bündnisses: der Wille, die Arbeiterbewegung für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Diese Orientierung unterscheidet sich damit auch von der üblichen Sektiererei der Autonomen, die die Arbeiterbewegung einfach als verbürgerlicht abtun, sie zuweilen gar selbst als "faschistoid" bezeichnen und Versuche, die Arbeiterorganisationen einzubeziehen, ablehnen.

... und Negative

Leider wird die richtige Grundorientierung des Anti-NPD-Bündnisses durch politische Schwächen getrübt. So wird der demagogische Aufruf Schröders zum "Aufstand der Anständigen" begrüßt und die Illusion verbreitet, dass es möglich sei, die Schröder-Kampagne "umzuwandeln" und so "die große Mehrheit der Bevölkerung" für einen aktiven Antifaschismus zu gewinnen.

Diese Haltung geht davon aus, dass die Schröder/Merkel Kampagne und die damit verbundene Unterstützung der Verbotslösung ein Schritt in die richtige Richtung wären. Doch das war und ist sie gerade nicht. Dass der bürgerliche Staat, dass die Spitzen von Regierung und Opposition, von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden gemeinsam zu Kundgebungen gegen die Nazis aufrufen, dient vor allem einem Zweck: Hunderttausende, die in den letzten Monaten auf die Straße gingen, Millionen, die über den Terror der NPD und anderer Faschisten und Rassisten beunruhigt sind und etwas dagegen tun wollen, auf eine sichere, politisch ungefährliche Gleis einer Staatsaktion zu führen.

Für jedes ernst zu nehmende Antifa-Bündnis war es zweifellos richtig, bei diesen Massendemonstrationen mit Flugblättern und Aufrufen aufzutreten, um die Demagogie von Schröder, Merkel und den Unternehmervetretern an ihrer Seite zu entlarven.

Es geht dabei nicht nur darum, die Doppelzüngigkeit der Kapitalisten und der bürgerlichen Politiker zu entlarven, deren System und Politik erst die gesellschaftlichen Ursachen für Arbeitslosigkeit, Existenzangst, rassistische Ressentiments und Naziterror schafft. Vor allem ging es darum, aufzuzeigen, dass Lichterketten und Betstunden die Nazis nicht stoppen können. Es ging darum, aufzuzeigen, dass die Faschisten nur durch eine organisierte, militante Bewegung der Arbeiterklasse, die Immigranten, Jugendlichen, Asylbewerber einschließt, gestoppt und zerschlagen werden können.

Politik von Linksruck

Die opportunistischen "Schlenker" im Bündnis sind jedoch kein Zufall, sondern Ergebnis eines fehlerhaften Politikverständnisses von LINKSRUCK.

Während wir Trotzlisten davon ausgehen, dass der Kampf gegen den Faschismus nur von der Arbeiterklasse erfolgreich geführt werden kann, erklärt ihn LINKSRUCK verschwommen zu einer Angelegenheit aller "antifaschistischen Menschen". Uns geht es hier keineswegs um eine klassenmäßig lupenreine proletarische antifaschistische Bewegung, an der keine Angehörigen anderer Klassen teilnehmen dürften – es bedeutet aber, dass wir gegen jedes Bündnis mit Vertretern der herrschenden Klasse (egal ob als Partei oder Individuen) sind.

Ein solches Bündnis kann nämlich nur zustande kommen, wenn wir dem Kampf die Spitze nehmen, die anti-faschistischen Aktionen so anlegen, dass sie wirkungslos bleiben müssen. So würde jede Unternehmerpartei den grundsätzlichen "Gewaltverzicht" einfordern, sie würde sich dagegen aussprechen, wirksamen Schutz gegen die Nazis zu organisieren oder gar deren Versammlungen und Aufmärsche militant zu verhindern.

Anders verhält es sich hier mit den reformistischen Parteien SPD und PDS oder den Gewerkschaften. Natürlich betreiben auch diese bürgerliche Politik, aber sie stützen sich sozial auf die Arbeiterklasse, sie können von ihrer proletarischen Basis in solche Bündnisse hineingezwungen werden. Aber auch hier geht es nicht um irgendwelche Partner des Bündnisses – sondern um klar definierte Aktionsvereinbarungen, um z.B. Naziaufmärsche zu stoppen.

Daher treten wir auch für eine Klarstellung der Plattform der Kampagne am Bundeskongress ein, um diese Zweideutigkeiten zu überwinden.

Neben dem Opportunismus in der Bündnisfrage gibt es einen weiteren Grund, warum LINKSRUCK eine so schwammige Politik betreibt. Während es die politische Aufgabe einer revolutionären Organisation wäre, klar zu sagen, welche Politik, welche Losungen, welche Kampfmittel notwendig sind, um einen bestimmten Kampf zum Erfolg zu führen, hat die Propaganda von LINKSRUCK keinen richtunggebenden, sondern eher einen "anfeuernden" Charakter.

Im Moment drückt sich das in einer zumeist euphorischen Einschätzung jeder Aktion oder "Bewegung" aus – siehe Aufstand des Anständigen. Der Preis für diesen permanenten "Optimismus" sind allerdings das Fehlen einer fundierten Analyse der Klassenverhältnisse, einer präzisen Einschätzung dessen, "was ist" und einer fundierten marxistischen Kritik an nichtrevolutionären Strömungen. So relativiert LINKSRUCK zwar mitunter selbst die oben kritisierten Aussagen im Bündnispapier, aber es formuliert keine offizielle eigene Position dazu. Das eigene

Programm wird zugunsten eines Einheitsfront-Kompromisses aufgegeben.

Damit wird nicht nur die eigene Mitgliedschaft politisch verwirrt und argumentativ entwaffnet; dasselbe passiert in Bezug auf die Aktivist:innen und Aktivistinnen, die für das Bündnis gewonnen wurden. Die Ursache für die programmatische Vermischung liegt indessen im Fehlen eines eigenen Programms, d.h. eines fundierten Systems von Strategie und Taktik. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass sich dieses programmatische Vakuum sehr schnell mit allen möglichen bürgerlichen, reformistischen und zentristischen Inhalten füllt. Wie das konkret aussieht, kann jeder erleben, der sich mit Mitgliedern von LINKSRUCK unterhält und eine derart breite Palette von Meinungen hört, dass man kaum glauben kann, dass sie alle einer Organisation angehören.

Widersprüche

Einerseits will LINKSRUCK ein breites Bündnis, andererseits ist man aber zögerlich und z.T. inaktiv, wenn es darum geht, andere Linke dafür zu gewinnen. Der Grund ist einfach: man scheut die politische Konkurrenz und die politische Auseinandersetzung und will bei aller "Breite" der Kampagne die eigene politische Kontrolle darüber nicht verlieren.

Angesichts der Programmlosigkeit und Oberflächlichkeit der eigenen Politik und dem entsprechend niedrigen politischen Niveau größerer Teile der eigenen Mitgliedschaft ist diese Vorsicht wohl auch verständlich. Doch wer A - ein breites Bündnis - sagt, muss auch B - einen politischen Kampf gegen andere Richtungen - führen.

Ein breites Bündnis zu schaffen, bedeutet z.B. auch, die autonome Antifa als durchaus aktives, in der antifaschistischen Praxis erfahrendes, aber politisch verwirrtes Milieu zu gewinnen. Ohne offen vorgetragene politische Kritik an deren selbstgenügsamen und der Arbeiterbewegung gegenüber ignoranten Konzepten ist das aber unmöglich. Dafür wäre z.B. eine Propaganda nötig, die die Fehler der politischen Methode der Autonomen aufzeigt. Das wird von LINKSRUCK nicht oder sehr mangelhaft geleistet.

Wie die Praxis des Anti-NPD-Bündnisses auch zeigt, sind viele linke Organisationen nicht ernsthaft aufgefordert worden, im Bündnis mitzuarbeiten, wie es auch daran mangelt, andere Organisationen und ihre falsche Enthaltsamkeit in der Frage des Bündnisses offen zu kritisieren. Denn ohne dass sie bestimmte falsche Auffassungen zu Antifaschismus, Bündnispolitik etc. überwinden, wird ihr Mitwirken auch nicht erreicht werden können.

Das Dilemma von LINKSRUCK in der Frage des Aufbaus des Bündnisses wird auch an anderer Stelle deutlich. Ein wirklich bundesweites und in sich demokratisches Bündnis erfordert u.a. zwei Aktivitäten: 1. eine aktive Werbung dafür und 2. die Vorbereitung eines bundesweiten Kongres-

ses, der demokratisch eine Plattform, die Aktionen und verbindliche Organisationsstrukturen festlegt. Wie sieht es da aus?

In Berlin machte LINKSRUCK bei der Anti-Rep-Demo 3. Februar einen Büchertisch, beteiligte sich an der Demo jedoch gar nicht. So kann ein Bündnis, das man selbst initiiert hat, nicht aufgebaut werden!

Die Vorbereitung einer bundesweiten Konferenz - einer zentralen Aufgabe auch für die Motivation des Bündnisses - wurde erst nach Vorschlag der GAM in Angriff genommen. Dieses Schwanken von LINKSRUCK, die Diskrepanz zwischen dem Engagement vieler seiner Mitglieder und der politischen und organisatorischen Inkonsistenz von LINKSRUCK, wurzelt letzten Endes in der fehlerhaften politischen Methode von LINKSRUCK, die wichtige taktische Fragen - wie die Einheitsfronttaktik - tagespolitischer Opportunität unterwirft.

Dieses Manövrieren ist - wie der Juso-Entrismus zeigte - nicht neu. Er kann zwar kurzfristig zu Mitgliedererwerb führen, er führt aber langfristig nicht zu einer politisch fundierten Organisation, was nicht nur eine ganze Reihe von Abspaltungen zeigen, sondern v.a. auch die Praxis, die Mitglieder quasi wie ein Durchlauferhitzer in die Organisation zu ziehen, um sie bald darauf - politisch ungeschult und durch überzogenen Aktionismus verbraucht - wieder zu verlieren. Innerhalb von LINKSRUCK führt das oft genug zu einer Mischung aus Altkadern, die informell das Parteiregime bestimmen und einem Rest von "Wasserträgern", die nicht in die Lage versetzt werden, die Politik der Organisation bewusst umzusetzen. Insofern bestätigt auch LINKSRUCK die alte Lehre, wonach das Fehlen eines Programms letztlich auch zu einem undemokratischen inneren Regime führt. Als gewissermaßen indirektes Eingeständnis dieser Probleme will LINKSRUCK jetzt - wie man hört - ein Programm erarbeiten. Die Gruppe ARBEITERMACHT ist zu einer ernsthaften und offenen Debatte darüber bereit!

Was ist erreicht?

Zweifelloos besteht noch eine große Diskrepanz zwischen dem Anspruch einer bundesweiten Kampagne und dem aktuellen Stand. Trotzdem hat sich der Kreis der Mitstreiter und der involvierten Gruppen und Gewerkschaftsgliederungen vergrößert. So gründete sich in Berlin im Januar eine antifaschistische Initiative der IGM, die mit dem Bündnis zusammenarbeitet. Das ist ein wichtiger Schritt, die Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen und die Arbeiterbewegung für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen! Verschiedene Veranstaltungen, z.B. in Berlin, haben gezeigt, dass die Ziele des Bündnisses Unterstützung finden, Unterstützung auch jenseits der etablierten Antifa und der Linken.

Auch die letzten Aufmärsche der Nazis trafen bundesweit auf starken Widerstand und konnten z.T. wie in Berlin und Hamburg sogar gestoppt werden. Sicher zeigen diese Erfolge, dass die Naziszene und die NPD darüber zerstritten sind, mit welcher Strategie man dem angekündigten Verbot und dem wachsenden Widerstand begegnen soll. Doch wichtig und ermutigend ist es v.a., dass nicht nur mehr Menschen gegen Nazis auf die Strasse gehen, sondern auch mehr Leute bereit sind, sich jenseits des verlogenen "offiziellen" Antifaschismus praktisch und militant gegen Nazis zu engagieren.

Die Demo im November 2000 in Berlin hat gezeigt, dass es möglich war, hunderte Antifaschisten und Antifaschistinnen aus der Thierse-Kundgebung heraus für die Konfrontation mit der NPD zu gewinnen. Es war eine Minderheit der "anständigen, demokratischen" Antifaschisten, aber es war eine Minderheit, die mehr Kraft in sich birgt, als die symbolischen antifaschistischen Eintagsfliegen, die Thierse und Schröder organisieren - wohlgemerkt mit dem Ziel, die Menschen vom aktiven Kampf abzuhalten. Aber die demokratischen Zaubelerhlinge haben keine volle Kontrolle mehr über die Geister, die sie rufen.

Perspektiven

Dieses Problem, vor dem die bürgerlichen Parteien und ihre Prominenten stehen, ist nicht nur Ausdruck davon, dass der Staat die Nazis weder stoppen will noch kann, sondern allenfalls einige symbolische Wirkungen hat. Vor allem hat man Angst davor, dass die Menschen sich selbst organisieren und einen Antifaschismus praktizieren, der nicht vor dem staatlichen Gewaltmonopol zurückschreckt und nicht mehr darauf wartet, bis ein bürgerlicher Politiker zum "Aufstand der Anständigen" ruft. Die soziale Dynamik, die eine mit dem Proletariat verbundene antifaschistische Bewegung darstellt, wäre auch eine Kraft, die bei Protesten gegen die Regierung, bei Streiks gegen die Unternehmer und letztlich beim Kampf gegen das kapitalistische System als Ganzes nutzbar wäre - ein Albtraum für das Kapital und dessen "anständige" Politiker!

Über den Widerstand gegen Nazis hinaus ist der Aufbau des Bündnisses somit auch ein Beitrag zu jedem anderen Kampf gegen den Kapitalismus und dessen Auswirkungen, wohlgemerkt ohne dass diese Ziele als Bedingungen in der Plattform des Bündnisses auftauchen müssen. Der für April geplante Bündniskongress in Berlin kann und muss zum Initialzündler zur Schaffung einer breiten bundesweiten Struktur werden. Das kann er aber nur, wenn er verbindliche Ergebnisse hat. Das bedeutet konkret: Verabschiedung einer Aktionsplattform, Organisation bundesweiter Aktionen gegen die Nazis, Festlegung von Organisationsprinzipien incl. eines

Koordinationsgremiums und Fixierung der nächsten Schritte zur Einbindung weiterer Kräfte, insbesondere aus der Arbeiterbewegung.

Solche Ergebnisse sind nur möglich, wenn Vorbereitung und Durchführung des Kongresses demokratisch ablaufen und bewusst auf das Erreichen von Ergebnissen orientiert sind. Es darf keinesfalls ein Forum der politischen Eitelkeiten werden, auf dem Jeder und Jede ihre "Weltsicht" präsentieren können. Es muss darum gehen, wie die Ziele des Bündnisses - militanter Kampf gegen Nazis allgemein und gegen die NPD im Speziellen - am besten formuliert und in der Praxis umgesetzt werden können. Dafür müssen Probleme wie die Frage der Gewalt und die Frage der Breite des Bündnisses gelöst werden. Unverbindliche Formulierungen sind dabei nur hinderlich.

Wir fordern alle Gruppen, alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, dazu auf, sich dem Bündnis "Weg mit der NPD" anzuschließen und sich aktiv an dessen Arbeit und der Vorbereitung des Kongresses zu beteiligen! Wenn der Kongress - wie derzeit geplant - Ende April stattfindet, könnte sich das Bündnis mit dessen Ergebnissen am 1. Mai in vielen Orten präsentieren und gerade unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern werben.

Aus: Arbeitermacht 61, März/April 2001

Trotzki

Porträt des Nationalsozialismus

Naive Leute glauben, die Königswürde stecke im König selbst, in seinem Hermelinmantel und in der Krone, in seinem Fleisch und Bein. Aber die Königswürde ist ein Verhältnis zwischen Menschen. Der König ist nur darum König, weil sich in seiner Person die Interessen und Vorurteile von Millionen Menschen widerspiegeln. Wenn dieses Verhältnis vom Strom der Ereignisse weggespült wird, erweist sich der König bloß als ein verbrauchter Herr mit herabhängender Unterlippe. Davon dürfte, aus frischen Erlebnissen, jener erzählen können, der sich einst Alfons XIII. nannte.

Der Unterschied zwischen dem Führer von Gottes und dem von Volkes Gnaden ist der, daß dieser darauf angewiesen ist, sich selbst den Weg zu bahnen oder wenigstens den Umständen zu helfen, ihn zu entdecken. Aber jeder Führer ist immer ein Verhältnis zwischen Menschen, ein individuelles Angebot auf eine kollektive Nachfrage. Die Erörterungen über die Persönlichkeit Hitlers sind um so hitziger, je mehr man das Geheimnis seines Erfolges in ihm selbst sucht. Doch ist es schwer, eine andere politische Gestalt zu finden, die in einem sol-

chen Maße Knoten unpersönlicher geschichtlicher Kräfte wäre. Nicht jeder erbitterte Kleinbürger könnte ein Hitler werden, aber ein Stückchen Hitler steckt in jedem von ihnen.

Das rasche Wachstum des deutschen Kapitalismus vor dem Kriege bedeutete bei weitem nicht die einfache Aufreißung der Mittelklassen; während er einzelne Schichten des Kleinbürgertums zugrunderichtete, schuf er wieder neue: Handwerker und Krämer um die großen Betriebe herum, Techniker und Angestellte in den Betrieben. Aber während sie sich zahlenmäßig hielten - das alte und das neue Kleinbürgertum umfaßt nicht viel weniger als die Hälfte des deutschen Volkes -, büßten die Mittelklassen den letzten Schatten von Selbständigkeit ein: sie lebten am Rande der Schwerindustrie und des Bankensystems, sie aßen die Brosamen vom Tisch der Kartelle, sie lebten von den geistigen Almosen ihrer alten Theoretiker und Politiker.

Die Kriegsniederlage verbaute dem deutschen Imperialismus den Weg. Die äußere Dynamik verwandelte sich in die innere, der Krieg ging in die Revolution über. Die Sozialdemokratie, die den Hohenzollern geholfen hatte, den Krieg bis zum tragischen Ende zu führen, verbot dem Proletariat, nun seinerseits die Revolution bis zum Ende zu führen. Vierzehn Jahre vergingen unter beständigen Entschuldigungen der Weimarer Demokratie für ihr eigenes Dasein. Die Kommunistische Partei rief die Arbeiter zu einer neuen Revolution, erwies sich aber als unfähig, sie zu führen. Die deutschen Arbeiter gingen durch die Siege und Zusammenbrüche des Krieges, der Revolution, des Parlamentarismus und des Pseudobolschewismus. Während die alten bürgerlichen Parteien sich restlos verausgabten, war zugleich die Bewegungskraft der Arbeiter gebrochen.

Das Nachkriegschaos traf die Handwerker, Krämer und Angestellten nicht weniger heftig als die Arbeiter. Die Landwirtschaftskrise richtete die Bauern zugrunde. Der Verfall der Mittelschichten konnte nicht ihre Proletarisierung bedeuten, da ja im Proletariat selbst ein riesiges Heer chronisch Arbeitsloser entstand. Die Pauperisierung der Mittelschichten - mit Mühe durch Halstuch und Strümpfe aus Kunstseide verhüllt - fraß allen offiziellen Glauben und vor allem die Lehren vom demokratischen Parlamentarismus.

Die Vielzahl der Parteien, das kalte Fieber der Wahlen, der fortwährende Wechsel der Ministerien komplizierten die soziale Krise (durch das Kaleidoskop unfruchtbarer politischer Kombinationen. In der durch Krieg, Niederlage, Reparationen, Inflation, Ruhrbesetzung, Krise, Not und Erbitterung überhitzten Atmosphäre erhob sich das Kleinbürgertum gegen alle alten Parteien, die es betrogen hatten. Die schweren Frustrationen der Kleineigentümer, die aus dem Bankrott nicht herauskamen, ihrer studierten Söhne ohne Stellung und Klienten, ihrer Töchter ohne Aus-

steuer und Freier, verlangten nach Ordnung und nach einer eisernen Hand.

Die Fahne des Nationalsozialismus wurde erhoben von der unteren und mittleren Offizierschicht des alten Heeres. Die ordengeschmückten Offiziere und Unteroffiziere konnten nicht darin einwilligen, daß ihr Heroismus und ihre Leiden nicht allein fürs Vaterland umsonst hingegeben sein, sondern auch ihnen selbst keine besonderen Rechte auf Dank gebracht haben sollten; daher stammt ihr Haß gegen die Revolution und das Proletariat. Sie waren unzufrieden damit, daß die Bankiers, Fabrikanten, Minister sie wieder in die bescheidenen Stellungen von Buchhaltern, Ingenieuren, Postbeamten und Volksschullehrern schickten - daher ihr "Sozialismus". An der Yser und vor Verdun hatten sie gelernt, sich und andere aufs Spiel zu setzen und im Kommandoton zu reden, was dem kleinen Mann im Hinterland mächtig imponierte. So wurden diese Leute Führer.

Zu Beginn seiner politischen Laufbahn zeichnete sich Hitler vielleicht nur durch größeres Temperament, eine lautere Stimme und selbstsichere geistige Beschränktheit aus. Er brachte in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit - wenn man den Rachedurst des gekränkten Soldaten nicht zählt. Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaikartigen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. Jeder von ihnen wollte mit der Faust auf den Tisch hauen. Hitler verstand das besser als die anderen. Zwar wußte er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal. Todgeweihte Klassen werden - ähnlich hoffnungslosen Kranken - nicht müde, ihre Klagen zu variieren und Tröstungen anzuhören. Alle Reden Hitlers sind auf diesen Ton gestimmt. Sentimentale Formlosigkeiten, Mangel an Disziplin des Denkens, Unwissenheit bei buntscheckiger Belesenheit - all diese Minus verwandelten sich in ein Plus. Sie gaben ihm die Möglichkeit, im Bettelsack "Nationalsozialismus" alle Formen der Unzufriedenheit zu vereinen und die Masse dorthin zu führen, wohin sie ihn stieß. Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politischen Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Losungen vonstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der "Führer". Mussolini war von Anfang an der sozialen Materie bewußter als Hitler, dem der Polizeimystizismus eines Metternich näher ist als die politische Algebra Machiavellis. Mussolini ist geistig verwegener und zynischer. Als Beweis dürfte ge-

nügen, daß der römische Atheist sich der Religion lediglich bedient wie der Polizei oder der Justiz, während sein Berliner Kollege wirklich an die Unfehlbarkeit der römischen Kirche glaubt. In jener Zeit, als der heutige Diktator Italiens Marx noch für "unser aller unsterblich en Meister" hielt, verteidigte er nicht ohne Geschick die Theorie, die im Leben der heutigen Gesellschaft vor allem das Gegeneinanderwirken zweier grundlegender Klassen sieht: der Bourgeoisie und des Proletariats. Allerdings, schrieb Mussolini im Jahre 1914, liegen zwischen ihnen sehr zahlreiche Mittelschichten, die sozusagen das "einigende Gewebe der menschlichen Kollektive" bilden, aber "in einer Krisenperiode werden die Mittelschichten ihren Interessen und Ideen gemäß angezogen von der einen oder der anderen der beiden Hauptklassen". Eine sehr wichtige Verallgemeinerung! Wie die wissenschaftliche Medizin ihre Adepten sowohl mit der Möglichkeit ausrüstet, einen Kranken zu heilen, als auch mit jener, auf kürzestem Wege einen Gesunden ins Grab zu legen, so hat die wissenschaftliche Analyse der Klassenbeziehungen - die von ihrem Urheber zur Mobilisierung des Proletariats gedacht war - Mussolini, als er ins gegnerische Lager schwenkte, die Möglichkeit gegeben, die Mittelklassen gegen das Proletariat zu mobilisieren. Hitler hat die gleiche Arbeit verrichtet, wobei er die Methodologie des italienischen Faschismus in die Sprache der deutschen Mystik übersetzte.

Die Scheiterhaufen, auf denen die verruchten Schriften des Marxismus brennen, werfen helles Licht auf die Klassennatur des Nationalsozialismus. Solange die Nazis als Partei handelten und nicht als Staatsmacht, fanden sie fast keinen Eingang in die Arbeiterklasse. Andererseits betrachtete sie die Großbourgeoisie, auch jene, die Hitler mit Geld unterstützte - nicht als ihre Partei. Das nationale "Erwachen" stützte sich ganz und gar auf die Mittelklassen, den rückständigsten Teil der Nation, den schweren Ballast der Geschichte. Die politische Kunst bestand darin, das Kleinbürgertum durch Feindseligkeit gegen das Proletariat zusammenzuschweißen. Was wäre zu tun, damit alles besser werde? Vor allem die niederdrücken, die unten sind. Kraftlos vor den großen Wirtschaftsmächten hofft das Kleinbürgertum, durch die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen seine gesellschaftliche Würde wiederherzustellen.

Die Nazis geben ihrem Umsturz den usurpierten Namen Revolution. In Wirklichkeit läßt der Faschismus in Deutschland wie auch in Italien die Gesellschaftsordnung unangetastet. Hitlers Umsturz hat, isoliert betrachtet, nicht einmal Recht auf den Namen Konterrevolution. Aber man darf ihn nicht abgesondert sehen, er ist die Vervollendung des Kreislaufs von Erschütterungen, der in Deutschland 1918 begann. Die Novemberrevolution, die die Macht den Arbeiter- und Soldatenräten übergab, war in ihrer Grundtendenz prole-

tarisch. Doch die an der Spitze der Arbeiterschaft stehende Partei gab die Macht dem Bürgertum zurück. In diesem Sinne eröffnete die Sozialdemokratie die Ära der Konterrevolution, ehe es der Revolution gelang, ihr Werk zu vollenden. Solange die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie und folglich von den Arbeitern abhängig war, enthielt das Regime aber immer noch Elemente des Kompromisses. Bald ließ die internationale und die innere Lage des deutschen Kapitalismus keinen Raum mehr für Zugeständnisse. Rettete die Sozialdemokratie die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution, so hatte der Faschismus seinerseits die Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie zu retten. Hitlers Umsturz ist nur das Schlußglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen.

Der Kleinbürger ist dem Entwicklungsgedanken feind, denn die Entwicklung geht beständig gegen ihn - der Fortschritt brachte ihm nichts als unbezahlbare Schulden. Der Nationalsozialismus lehnt nicht nur den Marxismus, sondern auch den Darwinismus ab. Die Nazis verfluchen den Materialismus, weil die Siege der Technik über die Natur den Sieg des großen über das kleine Kapital bedeuten. Die Führer der Bewegung liquidieren den "Intellektualismus" nicht so sehr deshalb, weil sie selbst mit einem Intellekt zweiter und dritter Sorte versehen sind, sondern vor allem, weil ihre geschichtliche Rolle es ihnen nicht gestattet, irgendeinen Gedanken zu Ende zu führen. Der Kleinbürger braucht eine höchste Instanz, die über Natur und Geschichte steht, gefeit gegen Konkurrenz, Inflation, Krise und Versteigerung. Der Evolution, dem "ökonomischen Denken", dem Rationalismus - dem zwanzigsten, neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert - wird der nationale Idealismus als die Quelle des Heldischen entgegengestellt. Die Nation Hitlers ist ein mythologischer Schatten des Kleinbürgertums selbst, sein pathetischer Wahn vom tausendjährigen Reich auf Erden.

Um die Nation über die Geschichte zu erheben, gab man ihr als Stütze die Rasse. Den geschichtlichen Ablauf betrachtet man als Emanation der Rasse. Die Eigenschaften der Rasse werden ohne Bezug auf die veränderlichen gesellschaftlichen Bedingungen konstruiert. Das niedrige "ökonomische Denken" ablehnend, steigt der Nationalsozialismus ein Stockwerk tiefer, gegen den wirtschaftlichen Materialismus beruft er sich auf den zoologischen.

Die Rassentheorie - wie besonders geschaffen für einen anspruchsvollen Autodidakten, der nach einem Universalschlüssel für alle Geheimnisse des Lebens sucht - sieht im Licht der Ideengeschichte besonders kläglich aus. Die Religion des rein Germanischen mußte Hitler aus zweiter Hand beim französischen Diplomaten und dilettierenden Schriftsteller Gobineau entlehnen. Die politische Methodologie fand Hitler fertig bei den Italienern vor. Mussolini hat sich ausgiebig der Marxschen Theorie des Klas-

senkamps bedient. Der Marxismus selbst war die Frucht einer Verbindung deutscher Philosophie, französischer Geschichtsschreibung und englischer Ökonomie. In der Genealogie der Ideen - selbst der rückschrittlichsten und stumpfsinnigsten - findet sich vom Rassismus keine Spur.

Die Armseligkeit der nationalsozialistischen Philosophie hat die Universitätsprofessoren selbstverständlich nicht gehindert, mit vollen Segeln in Hitlers Fahrwasser einzulenken - als sein Sieg außer Frage stand. Die Jahre der Weimarer Ordnung waren für die Mehrheit des Professorenpoöbels eine Zeit der Verwirrung und Unruhe. Die Historiker, Ökonomen, Juristen und Philosophen ergingen sich in Vermutungen darüber, welches der einander bekämpfenden Wahrheitskriterien das echte sei, das heißt, welches Lager sich zuguterletzt als Sieger erweisen werde. Die faschistische Diktatur beseitigt die Zweifel der Fäuste und das Schwanken der Hamlets auf dem Universitätskatheder. Aus der Dämmerung der parlamentarischen Relativität tritt die Wissenschaft wiederum in das Reich des Absoluten ein. Einstein mußte Deutschland verlassen.

Auf der Ebene der Politik ist der Rassismus eine aufgeblasene und prahlerische Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besäuft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse. Es verdient Beachtung, daß die Führer des Nationalsozialismus nicht germanische Deutsche sind, sondern Zugewanderte: aus Österreich, wie Hitler selbst, aus den ehemaligen baltischen Provinzen des Zarenreichs, wie Rosenberg, aus den Kolonialländern, wie der augenblickliche Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung, Heß, und der neue Minister Darré. Es bedurfte der Schule barbarischer nationaler Balgerei in den kulturellen Randgebieten, um den Führern die Gedanken einzuflößen, die später ein Echo im Herzen der barbarischsten Klassen Deutschlands fanden.

Die Persönlichkeit und die Klasse - der Liberalismus und der Marxismus - sind das Böse. Die Nation ist das Gute. Doch an der Schwelle des Eigentums verkehrt sich diese Philosophie ins Gegenteil. Nur im persönlichen Eigentum liegt das Heil. Der Gedanke des nationalen Eigentums ist eine Ausgeburt des Bolschewismus. Obwohl er die Nation vergottet, will der Kleinbürger ihr doch nichts schenken. Im Gegenteil erwartet er, daß die Nation ihm selbst Besitz beschert und diesen dann gegen Arbeiter und Gerichtsvollzieher in Schutz nimmt.

Vor dem Hintergrund des heutigen Wirtschaftslebens - international in den Verbindungen, unpersönlich in den Methoden - scheint das Rassenprinzip einem mittelalterlichen Ideenfriedhof entstiegen. Die Nazis machen im voraus Zugeständnisse: Im Reich des Geistes wird Rassen-

einheit durch den Paß bescheinigt, im Reich der Wirtschaft aber muß sie sich durch Geschäftstüchtigkeit ausweisen. Unter heutigen Bedingungen heißt das: durch Konkurrenzfähigkeit. So kehrt der Rassismus durch die Hintertür zum ökonomischen Liberalismus - ohne politische Freiheiten - zurück.

Praktisch beschränkt sich der Nationalismus in der Wirtschaft auf - trotz aller Brutalität - ohnmächtige Ausbrüche von Antisemitismus. Vom heutigen Wirtschaftssystem sondern die Nazis das raffende oder Bankkapital als den bösen Geist ab; gerade in dieser Sphäre nimmt ja die jüdische Bourgeoisie einen bedeutenden Platz ein. Während er sich vor dem kapitalistischen System verbeugt, bekriegt der Kleinbürger den bösen Geist des Profits in Gestalt des polnischen Juden im langschößigen Kaftan, der oft keinen Groschen in der Tasche hat. Der Pogrom wird zum Beweis rassischer Überlegenheit.

Das Programm, mit dem der Nationalsozialismus an die Macht gelangte, erinnert nur zu sehr an die jüdischen Warenhäuser der finsternen Provinz. Was findet man dort nicht alles zu niedrigem Preis und in noch niedrigerer Qualität. Die Erinnerung an die "glücklichen" Zeiten der freien Konkurrenz und die vage Überlieferung von der Stabilität der Ständegesellschaft, Träume von der Auferstehung des Kolonialreichs und den Wahn von einer geschlossenen Wirtschaft, Phrasen über eine Rückkehr vom römischen zum altdeutschen Recht und über die Befürwortung des amerikanischen Moratoriums, neidische Feindschaft gegen die Ungleichheit in Gestalt einer Villa und eines Autos und tierische Furcht vor der Gleichheit in Gestalt des Arbeiters mit Mütze und ohne Kragen, tobenden Nationalismus und Angst vor den Weltgläubigern - all dieser internationale Auswurf politischer Gedanken füllt die geistige Schatzkammer des neudeutschen Messianismus.

Der Faschismus entdeckte den Bodensatz der Gesellschaft für die Politik. Nicht nur in den Bauernhäusern, sondern auch in den Wolkenkratzern der Städte lebt neben dem zwanzigsten Jahrhundert heute noch das zehnte oder dreizehnte. Hunderte Millionen Menschen benutzen den elektrischen Strom, ohne aufzuhören, an die magische Kraft von Gesten und Beschwörungen zu glauben. Der römische Papst predigt durchs Radio vom Wunder der Verwandlung des Wassers in Wein. Kinostars laufen zur Wahrsagerin. Flugzeugführer, die wunderbare, vom Genie des Menschen erschaffene Mechanismen lenken, tragen unter dem Sweater Amulette. Was für unerschöpfliche Vorräte an Finsternis, Unwissenheit, Wildheit! Die Verzweiflung hat sie auf die Beine gebracht, der Faschismus wies ihnen die Richtung. All das, was bei ungehinderter Entwicklung der Gesellschaft vom nationalen Organismus als Kulturexkrement ausgeschieden werden mußte, kommt jetzt durch den Schlund hoch; die kapitalistische Zivilisation erbricht die

unverdaute Barbarei. Das ist die Physiologie des Nationalsozialismus.

Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zusammenpreßten. Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. Mussolini hat recht, die Mittelklassen sind nicht fähig zu selbständiger Politik. In Perioden großer Krisen sind sie berufen, die Politik einer der beiden Hauptklassen bis zur Absurdität zu treiben. Dem Faschismus gelang es, sie in den Dienst des Kapitals zu stellen. Solche Lösungen wie die Verstaatlichung der Trusts und die Abschaffung des "arbeits- und mühelosen Einkommens" waren nach Übernahme der Macht mit einem Mal über Bord geworfen. Der Partikularismus der deutschen Länder, der sich auf die Eigenarten des Kleinbürgertums stützte, hat dem polizeilichen Zentralismus Platz gemacht, den der moderne Kapitalismus braucht. Jeder Erfolg der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik wird unvermeidlich Erdrückung des kleinen Kapitals durch das große bedeuten.

Das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen wird dabei nicht abgeschafft, es wird einfach von der Wirklichkeit abgetrennt und in Ritualhandlungen aufgelöst. Die Vereinigung aller Klassen läuft hinaus auf die Halbsymbolik der Arbeitsdienstpflcht und die Beschlagnahme des Arbeiterfeiertags "zugunsten des Volkes". Die Beibehaltung der gotischen Schrift im Gegensatz zur lateinischen ist eine symbolische Vergeltung für das Joch des Weltmarkts. Die Abhängigkeit von den internationalen - darunter auch jüdischen - Bankiers ist nicht um ein Jota gemildert, dafür ist es verboten, Tiere nach dem Talmudritual zu schlachten. Ist der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert, so sind die Straßen des Dritten Reiches mit Symbolen ausgelegt.

Indem er das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen auf elende bürokratische Maskeraden reduziert, erhebt sich der Nationalsozialismus über die Nation als reinste Verkörperung des Imperialismus. Die Hoffnung darauf, daß die Hitlerregierung heute oder morgen als Opfer ihres inneren Bankrotts fallen werde, ist völlig vergeblich. Das Programm war für die Nazis nötig, um an die Macht zu kommen, aber die Macht dient Hitler durchaus nicht dazu, das Programm zu erfüllen. Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus - die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur - bedeutet die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt zur weiteren mechanischen Zusammenballung der Macht. Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Nazi Herrschaft führt zur Alternative

Krieg oder Revolution. Der erste Jahrestag der Nazidiktatur steht bevor. Alle Tendenzen des Regimes haben sich inzwischen klar und deutlich entfalten können. Die "sozialistische" Revolution, die den kleinbürgerlichen Massen die unentbehrliche Ergänzung der "nationalen" schien, wurde offiziell verdammt und liquidiert. Die Klassenverbrüderung gipfelt darin, daß - an einem eigens von der Regierung bestimmten Tage - die Reichen zugunsten der Armen auf Vor- und Nachschick verzichten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man die halbe Hungerration noch einmal teilt. Alles übrige ist Produkt der manipulierten Statistik. Die "geplante" Autarkie erweist sich als ein neues Stadium wirtschaftlichen Zerfalls.

Je weniger das Polizeiregime der Nazis ökonomisch leistet, desto größere Anstrengungen muß es auf außenpolitischem Gebiet unternehmen. Dies entspricht völlig der inneren Dynamik des durch und durch aggressiven deutschen Kapitals. Das Umschwenken der Naziführer auf Friedensdeklarationen kann nur Dummköpfe irreführen. Hitler hat kein anderes Mittel, die Schuld an inneren Schwierigkeiten auf äußere Feinde abzuwälzen und die Sprengkraft des Imperialismus unter dem Druck der Diktatur zu steigern.

Dieser Teil des Programms, der noch vor der Machtergreifung der Nazis offen angekündigt wurde, realisiert sich jetzt mit eiserner Logik vor den Augen der ganzen Welt. Die Zeit, die uns bis zur nächsten europäischen Katastrophe bleibt, ist befristet durch die deutsche Aufrüstung. Das ist keine Frage von Monaten, aber auch keine von Jahrzehnten. Wird Hitler nicht rechtzeitig durch innerdeutsche Kräfte aufgehalten, so wird Europa in wenigen Jahren neuerlich in Krieg gestürzt.

Aus: "Die neue Weltbühne", II.28 (13.07.1933), S. 856 - 862